

political

Das Magazin für Politik und Gesellschaft // Ausgabe 3/2025

 Hanns
Seidel
Stiftung



STADT, LAND, WAHL

FOKUS
Kommunalwahlen 2026

DENKANSTOSS
Jüdisches Leben schützen

«STARKE Kommunen sind die BASIS für ein starkes BAYERN.»»

Klaus Holetschek, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, 2025

S

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Demokratie ist in den Kommunen am unmittelbarsten erfahrbar. Kommunalpolitik zeichnet sich durch eine besondere Bürgernähe aus. Die Menschen in den Städten, Gemeinden und Dörfern sind viel näher an den gewählten Politikerinnen und Politikern dran, können Lob und Unmut direkt kundtun und darauf hinweisen, was für ihren Ort, ihre Region wichtig ist und welche Bedürfnisse, Herausforderungen, Probleme – ja auch Ängste sie haben. In den Kommunen kennt man sich, man sieht sich, man tauscht sich zumindest in kleineren Orten auch mal auf dem „kurzen Dienstweg“ aus. „Eine Bürgermeisterwahl ist eine Persönlichkeitswahl mit Inhalten“, sagt Neu-Ulms Oberbürgermeisterin Katrin Albsteiger – und sie hat recht. Aber Politik vor Ort, das ist umgekehrt auch der Bereich, in dem sich Bürgerinnen und Bürger am stärksten selbst beteiligen.



Markus Ferber, MdEP

Der aktuelle „politicus“ hat deshalb als Schwerpunkt die Kommunalwahlen, die am 8. März 2026 in Bayern stattfinden. Dafür hat die Redaktion die CSU-Politikerin Katrin Albsteiger für eine Reportage einen Tag in Neu-Ulm begleitet, lässt Kandidaten und Vertreter der Kommunalverbände zu Wort kommen über Herausforderungen wie die schwierige Finanzlage, Infrastruktur, Asylpolitik und Integration. Denn Kommunalpolitik bedeutet, das tägliche Leben konkret zu gestalten: von der Kinderbetreuung bis zum öffentlichen Nahverkehr über den Bau von Schulen, Straßen und Wohnraum.

Die Hanns-Seidel-Stiftung versteht ihre Bildungsarbeit auch als Beitrag, um die kommunale Demokratie zu stärken und zu fördern. Mit Seminaren, Diskussionsforen und Weiterbildungsangeboten unterstützen wir Menschen, die bereit sind, sich politisch zu engagieren. Denn Demokratie lebt vom Mitmachen, nicht vom Zuschauen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und vielleicht auch ein Stück Motivation, selbst aktiv zu werden – als Kandidatin oder als Kandidat, als Kommunalpolitikerin oder Kommunalpolitiker oder in sonstiger ehrenamtlicher Weise für eine gute Zukunft vor Ort!



Markus Ferber, MdEP

Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung

HSS SCHWERPUNKT

DIE KOMMUNALWAHLEN IN BAYERN 2026

WEITERES

6 **Einführender Beitrag**
Leere Kassen, viele Aufgaben – Wo Bayerns Städte und Dörfer wirklich stehen



10 **Perspektive 1**
Landräte am Limit – Ein Spagat zwischen ehrgeizigen Zielen und Lebensrealitäten

14 **Perspektive 2**
Die Zukunft gehört den Mutigen

18 **Perspektive 3**
Social Media in der Kommunalpolitik: Ich entscheide, was ich poste

22 **Interview**
Dr. Markus Söder, Bayerischer Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender



28 **Blick in die Welt**
Vietnam im Umbruch – Institutionelle Revolution und neue Macht für die Kommunen



32 **Kommentar**
Stau, Stillstand & Schikane – Die grün-rote Mobilität in München

34 **Reportage**
Ein Tag mit Neu-Ulms Oberbürgermeisterin Katrin Alsteiger



40 **Nachgefragt bei ...**
Marcus König



42 **Berliner Luft**
Das Gegengift zu Ressentiments heißt: Vertrauen

44 **Denkanstoß**
Wer jüdisches Leben schützt, schützt auch die Demokratie

46 **Politik von außen betrachtet**
Südkaucasus am Wendepunkt: Der Weg nach Westen

50 **Von zwei Seiten betrachtet**
Social-Media-Altersgrenze bei Kids?

52 **Was macht eigentlich ...**
Dr. Ingo Friedrich

54 **Parlamentarier online**

56 **Damals**
Das eiserne Pferd – Geschichte zwischen Wahn und Bahn

60 **Zu guter Letzt**
Das Beste kommt noch – CSU feiert 80. Geburtstag

62 **Impressum**

LEERE KASSEN, VIELE AUFGABEN

WO BAYERNS STÄDTE UND DÖRFER WIRKLICH STEHEN



Ramona Fruhner (links) ist studierte Geowissenschaftlerin und hat ihren Master an der TUM und LMU in München gemacht. Sie leitet seit Dezember 2018 das Kommunalreferat der Hanns-Seidel-Stiftung und ist seit 2024 für Themen wie „Umwelt und Energie“ zuständig. Privat ist sie kommunalpolitisch im Landkreis Dachau aktiv.

Karin Kamleiter ist seit 2023 bei der Hanns-Seidel-Stiftung und als Referatsleiterin für die Bereiche „Kommunales, Ehrenamt, Rhetorik und Zielgruppe Frauen“ zuständig. Sie ist gelernte Bankkauffrau und hat im Anschluss den Bachelor in BWL absolviert. Seit 2014 ist sie Mitglied im Stadtrat von Puchheim (Landkreis Fürstentumbruck).

#Defizite

B

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen: Investitionsstaus, Wohnraummangel und Leerstand, Verkehr, Digitalisierung, Gesundheitsversorgung und eine fehlende und marode Infrastruktur – eine Vielfalt an Themen.

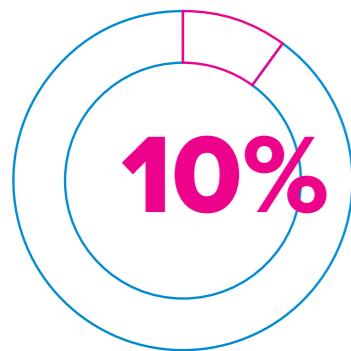
Und das bei einer bundesweit schlechten Finanzlage: Im Jahr 2024 waren es im Freistaat rund fünf Milliarden Euro Defizit. In Folge werden freiwillige Leistungen gekürzt, Investitionen verschoben, Hebesätze und Kreisumlagen geraten unter Druck. Trotz der starken Wirtschafts-

kraft Bayerns sind viele Gemeinden und Städte mit steigenden Ausgaben konfrontiert, während die Einnahmen nicht in gleichem Maße wachsen. Die Haupteinnahmequellen – Gewerbe-, Einkommenssteuer und Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich – reichen vielfach nicht aus, um die stets wachsenden Anforderungen zu decken. Ermutigend ist hier der kommunale Finanzausgleich 2025, der mit 12,8 Milliarden Euro erneut eine Rekordhöhe erreicht – mit einem Plus zum Vorjahr von 845 Millionen Euro. „Knapp 30 Prozent des Staatshaushalts fließen auf unterschiedlichen Wegen an die Kommunen, insgesamt über 22 Milliarden Euro –

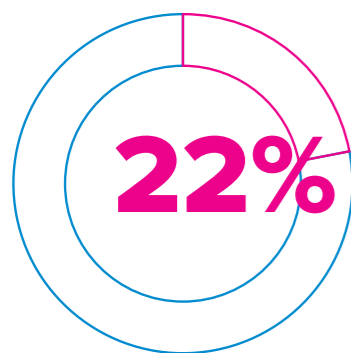
so viel wie nie“, erklärt Bayerns Finanzminister Albert Füracker (CSU). Da Bayerns Kommunen finanziell über Jahrzehnte vergleichsweise gut dastanden, haben sie auch die zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung unter den westdeutschen Flächenländern.

Gerade kleinere Kommunen sind aber stark von Zuweisungen abhängig, da sie nur begrenzt eigene Steuereinnahmen generieren können. Die Gewerbesteuer ist zudem konjunkturabhängig und unterliegt Schwankungen, die in wirtschaftlich schwächeren Zeiten zu erheblichen Einnahmeverlusten führen. Gleichzeitig steigen die Ausgaben, vor allem durch die Erfül-

Wie viele Männer und Frauen sind in Bayerns Kommunen politisch aktiv?



Nur etwa zehn Prozent der Rathäuser in Bayern werden von Frauen geführt



Konkret sind nur rund 22 Prozent der Stadt- und Gemeinderatsmitglieder Frauen

8

lung von Pflichtaufgaben, aber auch durch neue Zuständigkeiten. Besonders stark gestiegene Personal- und Sozialausgaben belasten die Kommunen im Freistaat. Pflichtaufgaben wie

«Bürokratieabbau ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen.»

Feuerwehr, Abwasser, Kinderbetreuung sind gesetzlich vorgeschrieben und damit unantastbar. Freiwillige Aufgaben wie Kultur, Sport, Bäder oder Vereinsförderung bieten Gestaltungsraum – aber gerade dort wird

zuerst gekürzt. Investitionsstaus zeigen sich durch marode Straßen und veraltete, kommunale Gebäude, auch wenn die Investitionsquote der bayerischen Kommunen mit 23,1 Prozent im Bundesvergleich (15,5 Prozent) den Spitzenplatz bedeutet - solche Investitionen sind ein Standortfaktor.

Ein zentrales Problem: die Umsetzung des Konnexitätsprinzips. Dieses besagt, dass Kommunen für die Erfüllung von staatlich übertragenen Aufgaben auch die dafür notwendigen finanziellen Mittel von Bund oder Land erhalten müssen. In der Praxis wird dieses Prinzip häufig nicht eingehalten. Ein Beispiel: das Asylwesen. Der Bund kommt zwar für die Unterbringung der Betroffenen auf, allerdings nur, bis sie den Asylstatus „anerkannt“ erhalten. Unberücksichtigt bleiben auch Mehrkosten durch den wachsenden Bedarf an Kindergartenplätzen, Schulen und Betreuungsangeboten.

Der WhatsApp-Kanal der HSS steht ganz im Zeichen der anstehenden Kommunalwahlen, die am 8. März 2026 in Bayern stattfinden:



In Städten geht es um Flächenmanagement: dicht getakteter öffentlicher Nahverkehr, sichere Rad- und Fußwege sowie Sharing-Angebote (E-Scooter, Autos und Fahrräder) entlasten überfüllte Straßen. Doch Staus, Lärm und knapper Parkraum bleiben Dauerbaustellen. Während es in Ballungsräumen an Wohnraum mangelt,

«Um ein einfaches Vereinsfest zu organisieren, gibt es viele Auflagen.»

kämpfen ländliche Regionen mit Leerstand und unzureichenden Angeboten im öffentlichen Nahverkehr.

Vor allem in ländlichen Kommunen schrumpft die Bevölkerungszahl, weil Menschen wegziehen oder sterben. Auch wenn laut Umfragen mehr als 90 Prozent der Menschen gerne in Bayern leben, führt diese demographische Entwicklung wiederum zu sinkenden Steuereinnahmen und

«Nur wenn Bund, Land und Kommunen gemeinsam handeln, bleibt der Ort lebendig.»

verändert die Nachfrage nach kommunalen Dienstleistungen wie Pflegeeinrichtungen oder Seniorenfürsorge. Für Senioren wird die medizinische Grundversorgung vor Ort zur täglichen Herausforderung. Bezüglich der Gesundheitsversorgung schreiben viele Landkreiskliniken rote Zahlen.

Deutschland ist für strenge Datenschutzvorkehrungen und Dokumentationspflichten bekannt: Wir sind Meister der Regulierungen, weil wir für alles Rechtssicherheit schaffen wollen. Bürokratie und Komplexität der Fördermittelvergabe führen dazu, dass Mittel von den Kommunen gar nicht erst abgerufen werden. Und will man heute ein einfaches Vereinsfest organisieren, gibt es viele Auflagen: die Gema-Anmeldung, um Musik abspielen zu dürfen, eine spezielle Erlaubnis, um Alkohol auszuschenken, dazu Sicherheitsauflagen und Sanitärbereiche.

Gibt es eine Altersgrenze, um Kommunalpolitikerin oder Kommunalpolitiker in Bayern zu werden?

Für Gemeinderäte gibt es in Bayern keine obere Altersgrenze und seit dem 1. Januar 2024 keine Altersgrenze mehr für Bürgermeister. Der Bayerische Landtag hat die entsprechende Vorschrift aufgehoben, die besagte, dass Bürgermeister zum Amtsantritt noch nicht 67 Jahre alt sein durften. In Bayern müssen Bürgermeister mindestens 18 Jahre alt sein, um für das Amt kandidieren zu können.

Die Folgen der Finanzknappheit spüren auch Bürgerinnen und Bürger: Schwimmbäder, Kultur- und Freizeitangebote, Bibliotheken, Musikschulen oder Vereinszuschüsse stehen zur Disposition. Steigende Kreisumlagen engen Gemeindehaushalte ein. Die Gemeinden versuchen dies zum Teil mit Gebührenerhöhungen auszugleichen, zum Beispiel für Abwasser oder Kitas. Notwendige Sanierungen und Investitionen bleiben liegen – bis Schäden teurer werden.

Der Streit um Zahlen gehört zur Kommunalpolitik. Entscheidend ist aber, ob es gelingt, die Grundfinanzierung zu stabilisieren und zu stärken. Sonst droht der Politik vor Ort die Luft auszugehen – und mit ihr der Ort, an dem Demokratie am unmittelbarsten erlebt wird. Förderprogramme sollten vereinfacht werden. Potenziale, um Kosten zu senken, bieten zudem die interkommunale Zusammenarbeit und

die weitere Digitalisierung der Verwaltung. Bayern ist hier auf einem guten Weg: im deutschlandweiten „Digital-Dashboard“ zur Verwaltungsdigitalisierung liegen auf den ersten 34 Plätzen bayerische Kommunen. Das Konnexitätsprinzip muss konsequent umgesetzt und zu Ende gedacht werden. Politische Akteure sind gefordert, diese Themen klar zu adressieren und tragfähige Konzepte zu entwickeln. Und Bürgerinnen und Bürger müssen in Angesicht der aktuellen Herausforderung Abstriche akzeptieren. —

Hier geht's zum Serviceportal „Für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger“



9

LANDRÄTE AM LIMIT – EIN SPAGAT ZWISCHEN EHRGEIZIGEN ZIELEN UND LEBENSREALITÄTEN



Autor: Thomas Karmasin

Landrat von Fürstfeldbruck und Präsident des Bayerischen Landkreistags

D

Die Landrätinnen und Landräte in Bayern stehen unter Druck. Sie haben Verantwortung für funktionierende Krankenhäuser, Schulen, Busse und Straßen – zugleich für den sozialen Zusammenhalt vor Ort. Immer öfter müssen sie Aufgaben erfüllen, für die Geld, Personal und Planungssicherheit fehlen. Zwischen steigenden Erwartungen und schwindenden Ressourcen droht der Landkreis zur Reparaturwerkstatt der Republik zu werden.

Ressourcen für Integration fehlen

Kaum ein Thema zeigt die Zerrissenheit zwischen Anspruch und Wirklichkeit so deutlich wie die Unterbringung Geflüchteter. Auch wenn die Zahlen zurückgegangen sind und die neue Bundesregierung die Migrationswende erfolgreich angestoßen hat: Die Kapazitäten sind erschöpft. Ressourcen für echte Integration fehlen.

Vieles ist zu teuer

Knappe Finanzen sind das Leitmotiv der kommunalen Gegenwart. Die Personal- und Sozialausgaben steigen, gleichzeitig bricht die Steuerkraft vieler Gemeinden ein. Vieles ist viel zu teuer. In unseren Landkreisen dreht sich fast alles um die kritische Finanzlage. Im Jahr 2024 sind

die kommunalen Ausgaben für Soziales im Vergleich zum Vorjahr mit einem Plus von 1,2 Milliarden Euro (plus 13 Prozent) stärker angestiegen als die kommunalen Steuereinnahmen mit einem Plus von 0,3 Milliarden Euro (plus 1,3 Prozent). Aber wer meint, beim Geld liege die Lösung, der irrt. Bürokratie, Aufgaben und Standards müssen abgebaut werden und das vor allem in der Sozialgesetzgebung.

«Landräte sind Krisenmanager und Blitzableiter.»



Die Reform des Bürgergelds ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Investitionen in Schulen, Straßen oder Klimaschutz müssen verschoben werden, weil das Geld für das Nötigste gebraucht wird.

Viele Landkreise steuern auf strukturelle Defizite zu. Förderprogramme helfen oft nicht, weil sie Eigenanteile erfordern, die kaum jemand stemmen kann. Es zeigt sich: Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land und Kommunen müssen neu geordnet werden, sonst droht der Landkreisebene die Handlungsfähigkeit zu entgleiten.

Ab 2026 gilt der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Was als familienpolitischer Fortschritt gedacht ist, wird vor Ort zur Bewährungsprobe. Es fehlen Fachkräfte, Räume, Zeit – und Geld. Die Landräte erleben täglich den Konflikt zwischen gesellschaftlicher Erwartung und kommunaler Realität. Eltern wollen verlässliche Betreuung, Lehrkräfte erwarten Unterstützung, der Staat verweist auf Förderprogramme. Am Ende müssen die Landkreise organisieren, koordinieren und erklären – und das unter enormem Druck.

«Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung: gedacht als familienpolitischer Fortschritt, wird vor Ort zur Bewährungsprobe.»

INVESTITIONEN IN SCHULEN, STRASSEN ODER KLIMASCHUTZ MÜSSEN WARTEN, WEIL DAS GELD FÜR DAS NÖTIGSTE GEBRAUCHT WIRD

«Förderprogramme helfen nicht, weil die Eigenanteile nicht stemmbar sind.»

Zäher Fortschritt

Ob digitale Bürgerdienste, Online-Bauanträge oder vernetzte Schulen – die Digitalisierung der Verwaltung ist überfällig. Doch in der Praxis bleibt der Fortschritt zäh. Jeder Landkreis kämpft mit eigenen IT-Systemen, unterschiedlichen Zuständigkeiten und einem Fachkräftemangel, der Innovationen ausbremst. Förderprojekte helfen punktuell, schaffen aber selten dauerhafte Strukturen. Doch der digitale Staat funktioniert nur, wenn Bund und Land die Landkreise nicht als letztes Glied der Kette, sondern als Partner behandeln.

Ein Spagat, der kaum gelingt

Die Energiewende entscheidet sich nicht in Berlin, sondern in den Regionen. Ob Windrad, Nahwärme oder Solarfeld – die Landkreise sind die Orte, in denen konkrete



Projekte entstehen. Doch viele Verfahrensvorschriften sind zu kompliziert, Vorgaben ändern sich ständig, Planer und Fachkräfte fehlen. Gleichzeitig steigt der Erwartungsdruck: Klimaschutz soll gerecht, sichtbar und bezahlbar sein. Landrätinnen und Landräte versuchen, den Ausgleich zu schaffen – zwischen ehrgeizigen Klimazielen und den Lebensrealitäten der Menschen. Es ist ein Spagat, der ohne verlässliche Rahmenbedingungen kaum gelingt.

Asyl, Finanzen, Betreuung, Digitalisierung, Energie – jede dieser Aufgaben wäre schon Herausforderung genug. Die Landrätinnen und Landräte stehen zwischen Verantwortung und Überforderung, zwischen dem Wunsch zu gestalten und der Notwendigkeit zu improvisieren.

Sie sind Krisenmanager, Vermittler, Brückenbauer – und Blitzableiter für Entscheidungen, die anderswo getroffen werden. Trotzdem halten sie den Laden am Laufen. Ohne sie und ihre Verwaltungen würde in vielen Regionen nichts mehr funktionieren. Doch das darf keine Selbstverständlichkeit sein. Wer gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern will, muss die Landkreise stärken – finanziell, personell und politisch. Denn sie sind es, die dafür sorgen, dass der Staat dort spürbar bleibt, wo er am meisten gebraucht wird: vor Ort, bei den Menschen. —

DIE ZUKUNFT GEHÖRT DEN

MUNICIPALITÄTEN

Autor: Dr. Uwe Brandl

K

Kein Zweifel: Die Kommunalwahl am 8. März 2026 wird auch in Bayern eine Richtungswahl werden. Der Blick auf andere Bundesländer, zuletzt Nordrhein-Westfalen, zeigt eine deutliche Entwicklung, mit deren Wahrnehmung und Einschätzung sich die etablierten Parteien offenbar immer noch schwertun.

Die Wahlergebnisse sind ein Spiegelbild dessen, was renommierte Meinungsforscher längst festgestellt haben: Der Anteil der Bürger, die das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der politisch verantwortlichen Akteure verloren haben, wächst dramatisch. Es ist genau dieser Vertrauensverlust, der die Ränder des politischen Angebots beflügelt. Es reicht zu behaupten, man sei die (einzige) Alternative, um Deutschland aus dem „Sumpf zu holen“ – der Beweis muss nicht angetreten werden.

Wer bisher glaubte, die kommunale Ebene bliebe von diesem Trend weitgehend verschont, weil es hier weniger um politische Grundsatzideologie, sondern um Persönlichkeit geht, irrt. Der Frust über vermeintliche Fehlsteuerungen auf Bundes- und Landesebene nimmt auch die kommunale Ebene in Sippenhaft. Dabei tröstet nicht, dass sich die Bürgermeister- und Landrats-Kandidaten der etablierten Parteien in den Stichwahlen (noch) durchsetzen konnten.

Der neue digitale Wahlkampf

Ein Blick auf das europäische Ausland zeigt: Es gibt offenbar eine allgemeine Entwicklung zu einem verschärft nationalistischen Fokus der Wählerinteressen. Auch hier ist ein mangelndes Vertrauen in nationale, aber auch in europäische Entscheidungsebenen festzustellen.

«Bei den Kommunalwahlen werden 39.500 Mandate vergeben.»

Beflügelt wird diese allgemeine Entwicklung von der Komplexität einer überbürokratisierten und intransparenten Entscheidungspolitik, der neuen, digitalisierten „Informationsgewinnung“ und einer abnehmenden positiven Streitkultur. Die moderne Gesellschaft versammelt sich nicht mehr ums Lagerfeuer, sondern bevorzugt den anonym rudimentären Austausch beliebig interpretierbarer Begrifflichkeiten im Cyberspace.

Der politische Streit am analogen oder digitalen Wirtshaus ist einer kampflosen Rückzugsstrategie gewichen. Wir ignorieren den eigentlichen Gegner lieber, statt



Dr. Uwe Brandl ist Präsident des Bayerischen Gemeindetags und Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds

ihn argumentativ zu überführen. Das mag mit weniger Aufwand verbunden sein, aber es rächt sich mit Blick auf die Ergebnisse. Unwidersprochenes erhält so vor Publikum den Anschein des Richtigen – und wer Recht hat, dem gehört das Vertrauen.

Entscheidend für künftige Wahlen sind:

- glaubwürdige Konzepte und zügige Umsetzung,
- Ehrlichkeit, Transparenz und Nachvollziehbarkeit,
- Fachkompetenz und überzeugende Kommunikation,
- authentisches Werben um Wähler und -gruppen statt Klientelpolitik,
- Wille und Kreativität zur Gestaltung,
- Mut und beste Vorbereitung für öffentliche Debatten,
- ein belastbares, engagiertes Unterstützernetzwerk,
- vertrauensvolle politische Rahmenbedingungen mit Gestaltungsspielraum.



Neujahrsempfang im Schloss Bellevue 2023 in Berlin: Dr. Uwe Brandl (Mitte) mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und dessen Ehefrau Elke Büdenbender.

GUT FUNKTIONIERENDE KOMMUNEN SIND GARANTEN FÜR EINE RESILIENTE DEMOKRATIE.

Bewerber für öffentliche Mandate gesucht

Die beschriebene Gemengelage führt bei politisch-affinen Menschen oft dazu, sich gegen eine Bewerbung um ein öffentliches Mandat zu entscheiden: zu viel Aufwand, zu viel Ärger, zu wenig lukrativ. Tatsächlich wird es immer schwieriger, geeignete Kandidaten und vor allem Kandidatinnen für kommunale Mandate zu finden. Die eigentlich gewünschte Vielfalt als Abbild der örtlichen Gesellschaft kann oft nicht erreicht werden. Bei den anstehenden Kommunalwahlen am 8. März 2026 in Bayern werden rund 39.500 Mandate vergeben. Geschätzt mehr als ein Drittel dieser Mandate wird von „Neueinsteigern“ belegt.

Auch wenn es viele immer noch nicht wahrhaben wollen: Wir leben in einer Zeit, in der auch die örtliche Politik zunehmend das Machbare als positives Ergebnis „verkaufen“ muss. Das begründete „Nein“ wird um der Glaubwürdigkeit Willen notwendig werden, wenn Staat, Gesellschaft und Demokratie funktionsfähig bleiben sollen. Ebenso wichtig ist, dass Land und Bund erkennen, dass die Funktionstüchtigkeit der kommunalen Ebene für die Gesellschaft fundamental ist.

123 Milliarden Euro Investitionsstau

Die aktuelle Verschuldung der Kommunen in Bayern wies 2024 ein nie dagewesenes Defizit von mehr als fünf Milliarden Euro auf. Hauptursache ist eine ungebremste Dynamik der Sozialausgaben. Das reduziert die Handlungsfähigkeit vieler Gemeinden nahezu auf null. Der Stau bei notwendigen Investitionen in kommunale Infrastruktur beträgt bundesweit mehr als 123 Milliarden Euro. Erkannt ist das längst.

Der ernsthafte Wille, nicht mehr über die Verhältnisse, stattdessen Subsidiarität zu leben und Fehlentwicklungen zu korrigieren, fehlt. Es wird weiter versprochen, was das Zeug hält, und Vertrauen verspielt – und das auf Kosten künftiger Generationen. Verbindliche Ganztagesbetreuung trotz fehlenden Personals und Infrastruktur ist ein Beispiel. Ungedeckte Schecks zu Lasten Dritter sind ein beliebter Trick der Bundes- und Landespolitik, den die kommunale Ebene ausbadet.

Gerade wegen dieser schwierigen Bedingungen: Es ist eine bereichernde Aufgabe, eine Gemeinde im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu gestalten. Es wird zu-



Dr. Uwe Brandl (r.), bis 2025 Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) und Präsident Bayerischer Gemeindetag, stellt 2025 in Berlin mit seinem Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger, die Bilanz 2024 und den Ausblick auf 2025 des DStGB vor.



Dr. Uwe Brandl (zweiter von links) besuchte noch in seiner Funktion als Bürgermeister der Stadt Abensberg (Landkreis Kelheim) die Staatskanzlei in München anlässlich des Bayerischen Gemeindetags. Ministerpräsident Dr. Markus Söder (rechts), Florian Herrmann (erster von links) und Dr. Birgit Kreß (Mitte), Vizepräsidentin des Bayerischen Gemeindetags, waren ebenfalls anwesend.

«Die moderne Gesellschaft versammelt sich nicht mehr ums Lagerfeuer, sondern bevorzugt Austausch im Cyberspace.»

nehmend die Aufgabe kommunaler Mandatsträger sein, sich auch in den Spitzenverbänden zu engagieren. Nur so können „die gegebenen Möglichkeiten“ aktiv beeinflusst werden. Überbordende Kreis- und Bezirks-Umlagen müssen eingedämmt, alle staatlichen Ebenen in die Pflicht genommen werden, Aufgaben- und Finanzverantwortung in einer Hand liegen und für eine kommunal auskömmliche Finanzausstattung gesorgt werden.

Funktionierende Kommunen als Garant für Demokratie

Es warten viele interessante Handlungsfelder wie Energieversorgung, Bildungs- und Betreuungs-Infrastruktur, örtliche Wirtschaft, Digitalisierung, Zivilschutz, Cybersicherheit, Resilienz, Umwelt und Wohnraumversorgung. In allen Bereichen kann bei gewährtem Ermessens- und Handlungsspielraum auch bei knappen Finanzressourcen Außergewöhnliches erreicht werden.

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen die Funktionsfähigkeit des Staates in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld wahr. Gut funktionierende Kommunen sind Garant für eine resiliente Demokratie. Dafür einen Beitrag mit einer Politik des Machbaren zu leisten, mag herausfordernd sein, aber es lohnt sich.

Die Zukunft gehört den Mutigen und den Entschlossenen, den echten Streitern für Frieden in unserer demokratischen Freiheit. ■

SOCIAL MEDIA IN DER KOMMUNALPOLITIK:

Autor: Matthias Beer

Matthias Beer (41) ist seit Mai 2020 Bürgermeister von Beratzhausen (Landkreis Regensburg). Auf TikTok folgen ihm rund 16.500 Menschen, auf Facebook 4.400 und auf Instagram 3.300. Er betreibt zwei Podcasts („Beratzhausen Insights“ und „Lerche und Bär“) und hat mit den „Kommunal-kids“ ein eigenes Spiel entwickelt, um Grundschüler spielerisch für Kommunalpolitik zu begeistern.

© Bernd Berinski

S

Social Media ist längst kein Beiwerk mehr, sondern unverzichtbar in der politischen Kommunikation. Als Bürgermeister von Beratzhausen (Landkreis Regensburg) betreue ich meine Kanäle persönlich, weil ich frei entscheide, was ich poste, und der Nutzer entscheidet, ob er mir folgt und den Beitrag liest. Dazwischen liegt „nur“ der Algorithmus, der bestimmt, wie stark ein Beitrag ausgespielt wird. Damit liegt die Öffentlichkeitsarbeit stärker in meiner Hand. Wir Kommunalpolitiker müssen begreifen, welche Chancen Social Media eröffnet und welche Verantwortung es mit sich bringt.

ICH ENTSCHEIDE, WAS ICH POSTE

19

Wer noch Nachhilfe in Sachen „Social Media und Kommunalpolitik“ braucht, wendet sich an Matthias Beer:



Dass Social Media unverzichtbar geworden ist, zeigen die Zahlen: In Deutschland nutzen rund 65,5 Millionen Menschen soziale Medien aktiv (78 Prozent der Bevölkerung). Im Durchschnitt verbringen wir täglich eine Stunde und 39 Minuten auf diesen Plattformen. WhatsApp erreicht rund 85 Prozent der aktiven Social Media-Nutzer, Instagram über 60, Facebook etwa 54 und TikTok knapp 40 Prozent. (Meltwater, Digital 2024 Germany Report).

«Manche Themen brauchen Tiefe, weshalb ich den Podcast ‚Lerche und Bär‘ gestartet habe.»

Matthias Beer (links) und Sebastian Koch (SPD) haben für ihren gemeinsamen Podcast „Lerche und Bär“ den Award des „Staatsanzeiger“ bekommen.



Ministerpräsident Markus Söder (rechts) und Beer beim Dämmerstopp im Juli 2025 in Beratzhausen. Bürgermeister Beer will für eine zweite Amtszeit kandidieren.

Beer nutzt die sozialen Medien konsequent für seine Tätigkeit als Bürgermeister.

Zwei Bürgermeister, ein Podcast

Manche Themen brauchen mehr Tiefe, weshalb mein Bürgermeister-Kollege Sebastian Koch (SPD) von der Gemeinde Wenzelbach und ich den Podcast „Lerche

«Bürgermeister sind keine Gegenspieler, sondern Menschen.»

und Bär“ gestartet haben und in zwanzig Minuten komplexe Sachverhalte verständlich darstellen. Meinen TikTok-Account, den ich 2020 gestartet habe und auf dem mir rund 16.500 Menschen folgen, nutze ich nicht, um lokale Politik zu erklären, sondern um das Berufsbild des Bürgermeisters authentisch, mit Humor, persönlichen Stärken und Schwächen zu zeigen. In vielen Kinderbüchern oder Serien ist der Bürgermeister der Bösewicht – bei „Benjamin Blümchen“ will er den Zoo schließen. Bürgermeister sind keine Gegenspieler, sondern Menschen, die abwägen, Verantwortung tragen und sich mit Zwängen herumschlagen. —



Das von Beer entwickelte Spiel „Kommunkids“, das einen spielerischen Einblick in Kommunalpolitik gibt, zum kostenfreien Download:



RUND 65,5 MILLIONEN MENSCHEN IN DEUTSCHLAND NUTZEN SOZIALE MEDIEN AKTIV

Einfach mal Reinhören: Hier geht's zum Podcast „Lerche und Bär“.



Für Beer sind das die wichtigsten Kanäle für Kommunalpolitiker:

WhatsApp: der direkte Draht. Öffnungsraten von bis zu 98 Prozent machen es zum wirksamsten Kommunikationsinstrument. Wer in den Status postet, erreicht fast alle Empfänger. Gleichzeitig gilt: Datenschutz und Dosierung sind entscheidend, weil WhatsApp persönlich wirkt.



Facebook: klassische Plattform für lokale Communitys – für Nutzer ab 50 plus. Visuelle Inhalte funktionieren besser als lange Texte, externe Links mag der Algorithmus nicht. Geschichten müssen in Bilder verpackt werden.



Instagram: Ästhetik und Kreativität. Reels sind der Wachstumstreiber, schöne Bilder und kurze Videos generieren Aufmerksamkeit. Zitatbilder oder Texttafeln funktionieren schlechter. Stories sind ideal für Alltagsmomente, Beiträge dagegen für nachhaltige Botschaften.



TikTok: ein eigenes Universum. Kurze, dynamische Videos mit starkem Einstieg („Hook“). Der Algorithmus belohnt regelmäßiges Posten, schnelle Interaktion. Reichweite ist überregional, der Streuverlust groß – nicht für kommunale Themen.



Wichtigste Social-Media-Guidelines

- Einfache, klare Bilder, keine unübersichtlichen Gruppenfotos.
- Kurze Texte.
- Plattformgerecht posten und die Stärken der einzelnen Kanäle beachten.
- Regelmäßig posten.
- Mit einem starken Einstieg beginnen („Hook“).
- Keine Zeitungsausschnitte veröffentlichen (Urheberrecht).
- Auf Videos setzen: kurz, prägnant, unterhaltsam.
- Andere loben, statt sich selbst zu beweihräuchern.
- Geschichten erzählen.
- Authentisch bleiben.

«MEHR FREIHEIT, MEHR GELD, WENIGER VORGABEN»

Interview mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Dr. Markus Söder

Finanzen, Sicherheit, Migration, Wohnungsbau, Bürokratie – die Kommunen stehen vor umfassenden Herausforderungen. Und mit ihnen die Kandidatinnen und Kandidaten der am 8. März 2026 anstehenden Kommunalwahlen. Darüber haben wir mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Dr. Markus Söder gesprochen.

22

Fotos: Samuel Gumberger, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung München

politicus: Am 8. März 2026 wird in den Gemeinden gewählt: Bei den letzten Kommunalwahlen hat die CSU Nürnberg erobert, Augsburg gehalten, Würzburg verloren, Regensburg nicht zurückgewonnen und in München regiert weiter Grün-Rot. Kann die CSU Großstadt?

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Natürlich können wir Großstadt. Die CSU ist das bayerische Original in Stadt und Land. Wir sind die einzige Partei, die in den Metropolen genauso punktet wie im ländlichen Raum. Wir haben bei der letzten Kommunalwahl in den beiden großen Städten Augsburg und Nürnberg gewonnen, das war ein großer Erfolg. Gerade Nürnberg war eine frühere SPD-

Hochburg, das hat sich gewandelt. Wir haben beispielsweise auch in Bayreuth, Kempten, Rosenheim und Schweinfurt gewonnen – und zuletzt in Ingolstadt. Und selbst in München kam letztes Mal die CSU in die Stichwahl, nicht die Grünen. Deswegen bin ich sehr optimistisch, was die Kommunalwahlen betrifft.

Kann die CSU verschiedene Zielgruppen ansprechen?

Das ist unser Markenzeichen als Volkspartei. Das wird auch in den Umfragen deutlich: Die CSU hat so viel Zuspruch wie alle anderen demokratischen Parteien in Bayern zusammen. Niemand sonst schafft das. Letztlich sind wir das Bollwerk gegen

die extremen Parteien. Dass die AfD in Bayern nicht so eine starke Rolle spielt wie andernorts, liegt an der guten Arbeit der CSU.

Wird die Kommunalwahl für Sie eher ein Stimmungsbarometer für die Bundes- beziehungsweise Landespolitik – oder bleibt sie eher eine lokale Angelegenheit?

Bei der Kommunalwahl stehen vor allem die Kandidaten und Köpfe vor Ort im Vordergrund. Das haben auch die Kommunalwahlen in NRW gezeigt. Dort wurden Amtsinhaber abgewählt, deren Wiederwahl als sicher galt. In anderen Städten waren die Ergebnisse hingegen wie erwartet. Letztlich hängt es von den



Dr. Markus Söder, Bayerischer Ministerpräsident und CSU-Parteichef, ist viel im Land unterwegs. Er betont, dass der Freistaat und die Kommunen ein starkes Team seien.

23

jeweiligen Kandidaten ab. Als CSU haben wir starke Bewerberinnen und Bewerber, die für die Basis unserer Partei stehen.

Die Kommunen gelten als „Handwerkskammer“ der CSU. Hier ist die Partei besonders „nah am Menschen“. Wie halten Sie selbst den Kontakt zur kommunalen Ebene?

Ich bin fast täglich im Land unterwegs. Der Freistaat und die Kommunen sind ein starkes Team. Nur wenn wir eng zusammenarbeiten, geht etwas voran. Beispiel Kommunaler Finanzausgleich: Wir spannen hier als Freistaat einen Rettungsschirm mit insgesamt 4,7 Milliarden Euro mehr für unsere Kommunen. Der ge-

«Wir stehen als CSU für Law and Order. Kein Bundesland ist so sicher wie Bayern.»

samte Kommunale Finanzausgleich 2026 liegt jetzt bei fast 13 Milliarden Euro. Die Verhandlungen und diese Einigung waren ein starkes Signal

des Zusammenhalts mit der kommunalen Familie. Dazu gab es im Vorfeld unzählige Einzelgespräche mit Bürgermeistern, Landräten, Bezirkstagspräsidenten und auch unserem Finanzminister Albert Füracker. Wir reden nicht nur über Probleme, sondern lösen sie.

Jeder vierte Kommunalpolitiker wurde laut einer Forsa-Umfrage vom April 2025 schon einmal wegen des politischen Engagements beleidigt oder bedroht. Gleichzeitig übertrage sich die wachsende Unzufriedenheit der Bürger mit der Bundespolitik auf die kommunale Ebene, sagten 70 Prozent. Befürchten Sie Auswirkungen auf die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren?

Unsere gesamte Demokratie ist herausgefordert wie nie. Radikale Kräfte versuchen, unsere Demokratie von innen heraus zu zersetzen und zu zerstören. Das reicht bis hin zu dem Irrsinn, gegen Minderheiten vorgehen und die rechtsstaatliche Gewaltenteilung abschaffen zu wollen. Das werden wir nicht zulassen. Wir stellen uns jeder Form von Hass und Hetze entschieden entgegen und nehmen jeden einzelnen Angriff sehr ernst. Das gilt nicht nur für den Schutz von Politikern, sondern auch von den demokratischen Institutionen unserer liberalen Demokratie.

Das „Stadtbild“ ist in aller Munde: Steigende Kriminalität, Verwahrlosung, Probleme in Schulen und Kitas, Personalkontrollen in Freibädern und bei Volksfesten, erste Städte sagen Weihnachtsmärkte ab, weil die Kosten für Sicherheitsvorkehrungen zu hoch sind und Asylunterkünfte sorgen vielerorts für Streit. Dazu wandert jährlich immer noch eine Großstadt ein. Wie will die CSU diesen Berg an Problemen abtragen?

Wir stehen als CSU für Law and Order. Kein Bundesland ist so sicher wie Bayern. Innere Sicherheit ist unsere Kernkompetenz: Wir haben bundesweit die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote. Aber auch wir stehen vor Herausforderungen, deswegen stärken wir unsere Polizei und Einsatzkräfte. Unsere Bayerische Grenzpolizei wird heute noch von den Grünen kritisiert. Aber sie ist ein absoluter Erfolg mit weit mehr als 100.000 Fahndungstreffen in sechs Jahren. Wir bestrafen Verbrecher hart und dulden in unseren Städten weder No-Go-Areas noch Parallelgesellschaften. Bei der Zuwanderung haben wir als CSU eine klare Linie: Wir sagen Ja zu Zuwanderung in Arbeit und Ja zu Hilfe in Not, aber Nein zu unkontrollierter Zuwanderung in die Sozialsysteme. Seitdem die CSU wieder an der Bundesregie-

rung beteiligt ist, geht die irreguläre Migration deutlich zurück. Gleichzeitig haben wir unsere Abschiebezahlen um 25 Prozent gesteigert und verzeichnen die höchste Zahl an freiwilligen Ausreisen seit über zehn Jahren. Das liegt sicher auch an der strengen Bezahlkarte für Asylbewerber, die Bayern als erstes Bundesland konsequent eingeführt hat. Trotzdem bleibt es wichtig, dass mehr Menschen in ihr Heimatland zurückkehren. Daher ist unsere klare Haltung: Wer Straftäter ist oder keinen Rechts-

«Bayern hilft den Kommunen wie kein anderes Bundesland.»

anspruch hat, muss wieder in sein Heimatland zurück. Das gilt auch für Länder wie Syrien und Afghanistan und auf Dauer auch für die Ukraine. Gerade junge ukrainische Männer kommen jetzt durch die erleichterten Ausreisebestimmungen vermehrt zu uns. Das muss rückgängig gemacht werden, denn sie werden im eigenen Land gebraucht.

Ist eine Migrationswende mit dem Koalitionspartner SPD möglich?

Die Maßnahmen wirken bereits. Mit der neuen Bundesregierung und unserem Innenminister Alexander Dobrindt haben wir einen klaren Richtungswechsel in der Migrationspolitik vollzogen. Die Zahlen bei der Einwanderung gehen zurück und die Zahl der Abschiebungen steigt. Die Situation an den Grenzen hat sich deutlich verändert. Das ist das Verdienst der Union in dieser Bundesregierung.

Ebenso haben wir die Turbo-Einbürgerung der Ampel abgeschafft. Jetzt gilt wieder: Die Staatsbürgerschaft ist der Abschluss gelungener Integration und nicht der Anfang.

Vor ein paar Jahren waren es aber noch deutlich mehr Jahre bis zum deutschen Pass.

In diese Richtung geht es jetzt wieder.

Was halten Sie von einer kommunalen Arbeitspflicht für Asylbewerber, wie sie einige Landkreise bereits praktizieren?

Diese Verpflichtung gibt es bereits, sie muss aber auch angewendet werden. Insgesamt sollte die kommunale Arbeitspflicht aber nur ein Übergang sein. Wir beschleunigen die Asylverfahren insgesamt, damit die Fälle schneller entschieden werden. Wer einen Bleibegrund hat und arbeiten will, ist bei uns willkommen. Wer aber keinen Rechtsanspruch hat und illegal eingewandert ist, muss unser Land wieder verlassen.

Viele Kommunen klagen über steigende Kosten, immer mehr Aufgaben und fehlende Mittel. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Gemeinden handlungsfähig bleiben?

Wir tun als Land alles, um unsere Kommunen zu unterstützen. Mit dem Rettungsschirm über den kommunalen Finanzausgleich und das Sonderinvestitionsprogramm des Bundes stehen den Kommunen fast fünf Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Der Bund stellt insgesamt 100 Milliarden Euro für Länder und Kommunen bereit, das habe ich in Berlin entscheidend mitverhandelt. Zudem hilft Bayern den Kommunen wie kein anderes Bundesland. Wir unterstützen nach Kräften in den Bereichen Schule, Kinderbetreuung und Wohnungsbau und federn die immer weiter steigenden Sozialkosten ab. Im kommenden Doppelhaushalt ist

allein eine Milliarde Euro für den Wohnungsbau bis 2028 vorgesehen, wir nähern uns der Krankenhaus-Milliarde und stecken bei der Kinderbetreuung bis 2030 bis zu drei Milliarden Euro zusätzlich ins System. Denn eine Herausforderung ist nicht nur die Schaffung von Kitaplätzen, sondern auch die Bewältigung der Betriebskosten. Dennoch braucht es eine große Sozialstaatsreform im Bund. Die Kosten müssen runter – egal ob bei der Eingliederungshilfe, Jugendhilfe oder der Sozialhilfe. Sonst bleibt am Ende für viele Bereiche kein Geld mehr übrig und die Kommunen sind nicht mehr handlungsfähig. Ein wichtiger Schritt ist deshalb die Abschaffung des Bürgergelds. Jemand der arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet.

In welchem Umfang soll das Sondervermögen den bayerischen Kommunen zugutekommen?

Insgesamt erhält Bayern in den kommenden Jahren fast 15 Milliarden Euro aus dem Sonderinvestitionsprogramm des Bundes. Das ist ein starkes Signal und ermöglicht auch den Kommunen enorme Investitionen. Das geht vom Wohnungsbau über die Breitbandförderung, Kitaplätze und Ganztagesbetreuung bis hin zur Digitalisierung. Ohne dieses Programm wäre die Haushaltslage der Kommunen deutlich schwieriger, auch in Bayern.

Bezahlbares Wohnen ist insbesondere in den Großstädten und ihrem Umland die soziale Frage überhaupt. Bayern hat in den vergangenen 25 Jahren mehr als eine Million Bürger hinzugewonnen. Wie kann die Staatsregierung hier helfen?

Es muss noch mehr und schneller gebaut werden. Das ist ein Gemeinschaftsprojekt von Bund, Ländern und Gemeinden. Es braucht drei Dinge: Erstens müssen die Kommunen Grundstücke zur Verfügung stellen



Am runden Glastisch: Susanne Hornberger, Leiterin der Kommunikation der HSS (links von hinten), und Andreas von Delhaes-Guenther, Leiter des Referats Publikationen (zweiter von links), führten das „politicus“-Interview mit Dr. Markus Söder (rechts).

«Es braucht eine große Sozialstaatsreform.»

und auch mit eigenen Baugesellschaften den sozialen Wohnungsbau ankurbeln. Zweitens erhöhen wir als Land die Mittel für den Wohnungsbau nochmal massiv, bauen Bürokratie ab und übertragen mehr Entscheidungsmöglichkeiten auf die Kommunen. Es soll dort entschieden werden, wo gebaut wird. Und drittens muss der Bund ein vereinfachtes Baurecht für schnelleres Bauen und bessere steuerliche Rahmenbedingungen schaffen. Das Ziel muss sein, günstiger und effizienter zu werden. Der





In der Staatskanzlei: Susanne Hornberger, Dr. Markus Söder (Mitte) und Andreas von Delhaes-Guenther.

26

Freistaat baut übrigens auch selbst tausende Wohnungen, in München zum Beispiel viele auf dem Gelände der ehemaligen McGraw-Kaserne für Polizisten, Krankenschwestern oder Lehrer.

Muss Bauen auch weniger bürokratisch werden?

Der Abbau der Bürokratie ist eine der Hauptaufgaben unserer Zeit. Bayern geht entschlossen voran: Wir haben in vier Gesetzen bereits über 700 Maßnahmen zur Entbürokratisierung beschlossen. Wir müssen Statistik- und Dokumentationspflichten einfrieren und abbauen, Planungen beschleunigen

«Der Abbau der Bürokratie ist eine der Hauptaufgaben unserer Zeit.»

gen und KI in der Verwaltung clever nutzen. Beim Beispiel Bauen geben wir Kommunen mehr Freiheiten und ermöglichen Fördermittel ohne detaillierte Vorbedingungen. All das wirkt aber erst in voller Kraft nach einem Umdenken in Brüssel. Die EU darf nicht länger Bürokratie-Weltmeister sein.

Aber es wird ja vermutlich Jahre dauern, bis diese Maßnahmen im Wohnungsbau greifen.

Es findet schon jetzt statt. Wir haben bereits regelmäßig Richtfeste und Spatenstiche.

Für Kommunen ist der Bürokratieabbau auch bei anderen Themen zentral. Es gibt Vorschläge, Dinge wie Führerschein, Kfz-Anmeldung und Reisepass-Vergabe zentralisiert und rein digital anzubieten. Was kann Bayern gegen die Bürokratie ausrichten, deren Hauptteil doch mittlerweile aus Brüssel kommt?

Wir brauchen einen Freedom Act zur Befreiung von bürokratischen Vorgaben, sonst verlieren wir unsere digitale Souveränität. Niemand kann wollen, dass wir Zukunftstechnologien nur noch im Ausland einkaufen können. Gerade bei KI dürfen wir uns nicht mit bürokratischen Fesseln selbst ausbremsen. Es braucht vernünftigen statt übertriebenen Datenschutz. Die Digitalisierung der Verwaltung spielt eine zentrale wichtige Rolle. Das Amt muss zum Bürger kommen und nicht andersherum. Im bundesweiten Vergleich steht Bayern hier bereits gut da – 34 der besten 50 deutschen Kommunen kommen aus Bayern. Trotzdem müssen wir noch besser werden. Dafür setzen wir eine digitale Zukunftskommission ein. Mit dem Bund zusammen wird es Pilotprojekte in mehreren Kommunen geben, darunter Augsburg. Das Ziel: Weniger Vorgaben, schnellere Freigaben und einfachere Verwaltungsprozesse. Wir bauen auch doppelte Datenschutzstrukturen für die Wirtschaft in Bund und Ländern ab. Außerdem müssen wir die digitale Dividende heben und die Verwaltung verschlanken. Dazu bauen wir als Freistaat bis 2040 insgesamt 10.000 Stellen ab – die ersten 1.000 schon im Jahr 2028. Wir investieren bei Hightech und Bildung, aber sparen bei uns selbst.

Wird es eine eigene bayerische KI geben, etwa für die Justiz?

KI ist eine absolute Zukunftstechnologie, die unser Leben verändern wird. Dabei gibt es enormes Potenzial, schneller und digitaler zu werden. Deshalb treiben wir die Forschung in Bayern voran und wollen vorne mit dabei sein.

Stichwort kommunale Infrastruktur: Schlaglöcher, marode Schultoiletten, vernachlässigte Sportstätten, das ist für die öffentliche Wahrnehmung des Staates nicht günstig, oder?

Deshalb ist das Sonderinvestitionsprogramm des Bundes auch so wichtig. Wir machen damit unser Land fit für die Zukunft, ohne bei der Verteidigung, der Rente und Pflege sparen zu müssen. Ob Schulen und Sporthallen oder Straßen, Schienen und Brücken: Alles, was baureif ist, kann gebaut werden. Für die Sportstätten haben wir in Bayern zusätzlich große Investitionsprogramme aufgelegt. Der Bayerische Landessportverband hat uns bestätigt, dass sie bei uns gut in Schuss sind. Nicht umsonst hat deshalb auch die Olympiabewerbung Münchens gute Chancen. —

Dr. Markus Söder

- geboren 1967 in Nürnberg
- 1995 - 2003 Landesvorsitzender der Jungen Union (JU) Bayern
- 2003 - 2007 CSU-Generalsekretär
- 2007 - 2008 Bayerischer Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten
- 2008 - 2011 Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit
- 2011 - 2018 Bayerischer Staatsminister der Finanzen (seit 2013 zusätzlich Landesentwicklung und Heimat)
- seit 2018 Bayerischer Ministerpräsident
- seit 2019 Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union (CSU) in Bayern



Wie unterstützt die Staatsregierung die Kommunen und wie löst man die Probleme, die durch die Migration entstanden sind? Einen Teil unseres Interviews mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder sehen Sie über den QR-Code auf Youtube.





IM UMBRUCH

INSTITUTIONELLE REVOLUTION UND NEUE MACHT FÜR DIE KOMMUNEN



Autoren: Ricarda Huber
Stipendiatin der HSS und Praktikantin im Projektbüro Vietnam



Michael Siegner
Projektleiter der HSS in Vietnam

Die sozialistische Republik Vietnam, angrenzend an China, Laos und Kambodscha, zählt mit über 100 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von rund 430 Milliarden US-Dollar (2023) zu den aufstrebenden Schwellenländern Asiens. Zentral für das starke Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre sind der Export von Textilien und Elektronik sowie hohe ausländische Direktinvestitionen. Auch touristisch boomt das Land, wobei die aktuellen grundlegenden Reformen für Besucher oft wenig greifbar bleiben.

Im autoritären Einparteiensstaat Vietnam ist der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) der mächtigste Mann im Staat. Zwar existieren Wahlen und Parlamente auf der nationalen, provinziellen sowie kommunalen Ebene, doch werden diese von der KPV kontrolliert. Der seit 2024 amtierende Generalsekretär der Partei Tô Lâm formulierte kurz nach seinem Amtsantritt sehr ambitionierte Ziele: Bis 2030 soll Vietnam über eine moderne Wirtschaft verfügen und bis 2045 soll das Land den Status eines Industrielands erreichen.

V

Vietnam verfolgt ambitionierte institutionelle Reformen auf allen Ebenen. Die Neugliederung der Verwaltungsstruktur im Land hat das Potenzial, insbesondere die kommunale Ebene zu stärken, partizipative Elemente zu fördern und Entscheidungsprozesse zu dezentralisieren.

DIE PROJEKTARBEIT DER HSS UND DIE INSTITUTIONELLEN REFORMEN IN VIETNAM

Die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) erarbeitet gemeinsam mit der Universität für Geistes- und Sozialwissenschaften in Hanoi einen Sammelband, der die laufenden Reformprozesse in Vietnam beleuchtet. Hier werden praktische Erfahrungen aus Bayern und Deutschland bei der Umsetzung von Verwaltungsreformen und Dezentralisierung eingebracht. Neben zahlreichen vietnamesischen Fachleuten beteiligen sich auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universitäten Passau, Gießen und Potsdam. Erste Forschungsergebnisse wurden bereits im Juli in Hanoi mit lokalen Entscheidungsträgern diskutiert. Die Veröffentlichung des Bandes ist noch für dieses Jahr in Vietnam vorgesehen.



Das Volkskomitee der Provinz Hanoi ist die oberste lokale Verwaltungbehörde, die den Provinzen mehr Kompetenzen ermöglicht.

© HSS/Ricarda Huber



Eingang zur Nationalversammlung Vietnams: Am 16. Juni 2025 verabschiedete das vietnamesische Parlament dort Reformen.



Das Ho-Chi-Minh-Mausoleum in Hanoi bildet das politische Zentrum Vietnams. Es war Schauplatz zahlreicher historischer Ereignisse.

30 Institutionelle Reformen als Instrument für Entwicklung

Um diese Ziele zu erreichen, rief die Regierung zu Jahresbeginn eine „institutionelle Revolution“ aus. Anfang Juli 2025 trat diese umfassendste Reform der jüngeren Vergangenheit in Kraft. Der stellvertretende Premierminister Nguyen Hoa Binh sprach von einer „Revolution in der Organisationsstruktur“, die dem Ziel einer schlanken, effizienten und bürgernahen Verwaltung diene. Gleichzeitig konnte man den politischen Einfluss auf wirtschaftliche Prozesse verringern und Investitionen insbesondere durch vereinfachte Genehmigungsverfahren erleichtern. Die Anzahl der Ministerien wurde von 22 auf 17 reduziert, die gesamte Verwaltungsstruktur des Landes neu gegliedert und 20 Prozent der Beamten entlassen oder in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Diese einschneidenden Reformen markieren einen weiteren Schritt auf dem Weg Vietnams von einer sozialistisch geprägten Planwirtschaft hin zu einem stärker marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsmodell.

Dezentralisiert sich Vietnam?

Im Zuge der Reformen wurde die Zahl der vietnamesischen Provinzen von 63 auf 34 nahezu halbiert. Regionen mit unterschiedlichen geografischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, etwa dem Zugang zu fruchtbarem Ackerland oder zu wichtigen Seehäfen, legte man

gezielt zusammen. Hinter diesem Schritt steht eine klare Strategie: doppelte Verwaltungsstrukturen abbauen, Synergien nutzen und Wettbewerb zwischen den neu geschaffenen Provinzen fördern. Die neuen Provinzen sind nicht nur wirtschaftlich deutlich schlagkräftiger, sondern gewinnen auch mehr Kompetenzen in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel ist Ho Chi Minh City: Die Metropole im Süden des Landes hat den Status einer eigenen Provinz und wurde durch die Reform flächenmäßig verdreifacht, wodurch die Bevölkerungszahl von knapp 10 auf fast 15 Millionen Menschen anstieg. Als wirtschaftliches Machtzentrum ist die neue Provinz Ho Chi Minh City für rund 25 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes verantwortlich. Durch die Reformen kann die Provinz, autonomer von der Zentralregierung als bisher, wirtschaftliche Entscheidungen treffen und eigene Entwicklungsprioritäten setzen.

Diese tiefgreifenden Veränderungen haben eine landesweite, bislang beispiellose politische Debatte über eine verstärkte Dezentralisierung ausgelöst. Während Rufe nach dezentralisierten Entscheidungsprozessen früher von der KPV als Gefahr für ihr Machtmonopol angesehen wurden, spricht Premierminister Phạm Minh Chính nun von einem neuen Leitbild: „Lokale Entscheidungen, lokale Umsetzung und lokale Verantwortung.“ Zum ersten Mal wird in Vietnam offen über Dezentralisierungsprozesse

gesprochen, wenn auch noch fernab westlicher, demokratisch geprägter Vorstellungen. Doch die eingeleitete Diskussion ist ein Novum und markiert einen möglichen Wendepunkt im Verwaltungssystem und der politischen Kultur des Landes.

Bürgernähe und Effizienz durch zwei Verwaltungsebenen

Ein weiterer Bestandteil der Reformen ist die Abschaffung der Distriktebene, welche mit deutschen Landkreisen vergleichbar ist. So gibt es jetzt neben der zentralen Ebene nur noch zwei Verwaltungsebenen: Provinzen und Kommunen.

Die neue Struktur bringt einen deutlichen Zugewinn an politischer und wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit auf den dezentralen Ebenen. Heute ist die kommunale Ebene die erste Anlaufstelle zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat, was zuvor die Distrikt- oder Provinzebene übernommen haben. So können Fragen der Landnutzung sowie die Erteilung von Genehmigungen und Zertifikaten direkt und eigenständig vor Ort geklärt werden. Die Entscheidungen werden nicht nur näher am Bürger getroffen, sondern auch signifikant beschleunigt. Eigene Budgets verschaffen den Gemeinden zusätzliche Flexibilität, etwa für Investitionen in lokale Straßen oder die örtliche Gesundheitsversorgung. Auch die Zuständigkeit für öffentliche Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Müllabfuhr oder die Verwaltung öffentlicher Einrichtungen liegt nun

vollständig in kommunaler Hand. All dies verstärkt nicht nur die staatliche Handlungsfähigkeit, sondern intensiviert auch den Austausch zwischen Verwaltung und Bevölkerung. Laut dem Premierminister sollen die Menschen und Unternehmen nicht mehr „ängstlich oder schüchtern“ sein, wenn sie Behörden betreten.

Der stellvertretende Innenminister Truong Hai Long sagte: „Mit der zweistufigen Kommunalverwaltung wird die Regierung in engerem Kontakt mit den Menschen stehen und die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen verbessern.“ Er betonte außerdem, dass die Reform den entscheidenden Anstoß für die weitere sozioökonomische Entwicklung zahlreicher Provinzen geben könne.

Auch wenn diese Neuordnung nicht mit einer demokratischen kommunalen Selbstverwaltung nach bayerischem beziehungsweise deutschem Vorbild gleichzusetzen ist, stärkt sie doch erstmals die Entscheidungskompetenzen der lokalen Ebene. In Verbindung mit den weiteren beschriebenen institutionellen Reformen hat die Aufwertung der Kommunen das Potenzial, die künftige politische und wirtschaftliche Entwicklung Vietnams maßgeblich zu beeinflussen. Der Erfolg oder Misserfolg der Reformen dürfte bestimmen, inwieweit Vietnams Erfahrungen auch für andere Staaten richtungsweisend sein können. ■

STAU, STILLSTAND & SCHIKANE DIE GRÜN-ROTE MOBILITÄT IN MÜNCHEN

Autor: Clemens Baumgärtner

32

D

Die Folgen der grün-roten Verkehrspolitik in München sind „Stau, Stillstand und Schikane“, genervte Autofahrerinnen und Autofahrer sowie eine Stadt, die ihren Verkehrsalltag zunehmend schwerer organisiert bekommt.

Diese Verkehrspolitik ist vor allem ein ideologisches Experiment auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Unter dem wohlklingenden Begriff „Mobilitätswende“ werden vor allem Maßnahmen durchgesetzt, die weniger mit praktischen Lösungen als vielmehr mit ideologischer Symbolpolitik zu tun haben.

Verbote statt Verkehrskonzepte

Natürlich braucht eine wachsende Stadt Lösungen für verkehrliche Herausforderungen. Straßen sind voll, Klimaziele drängen. Aber statt intelligente Konzepte zu entwickeln, die auch ein für viel Geld eigens eingerichtetes „Mobilitätsreferat“ nicht parat hat, setzt Grün-Rot lieber auf eine Politik der Verbote und Schikanen. Langwierige

Dauerbaustellen behindern den Verkehr, Fahrspuren werden zugunsten überbreiter Fahrradwege gestrichen, Parkplätze systematisch abgebaut, Gebühren in die Höhe geschraubt. Wer in München mit dem Auto fährt, wird wie ein Umweltsünder behandelt – seien es Pendler aus dem Umland, Handwerker mit Werkzeug im Fahrzeug oder Eltern mit Kindern.

Überlasteter öffentlicher Nahverkehr und planlose Fahrradwege

Gleichzeitig bleibt der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ein Dauerproblem. U- und S-Bahnen sind überfüllt, verspätet oder fallen ganz aus. Doch statt zuerst Alternativen zu schaffen, macht Grün-Rot den Umstieg aufs Auto bewusst unerträglich. Das ist keine Verkehrswende, das ist Verkehrszwang.

Auch bei der 2020 verheißungsvoll angekündigten Radwege-Offensive ist inzwischen Ernüchterung eingetreten.



Clemens Baumgärtner, Jurist und ehemaliger Wirtschaftsreferent der Stadt München, konzentriert sich derzeit voll und ganz auf den Wahlkampf zur Kommunalwahl und tritt als Oberbürgermeister-Kandidat der CSU an. Seine vorrangigen Themen sind Wirtschaft, Verkehr und Sicherheit.

33

Kurz und knackig: Clemens Baumgärtners Kommentar als Video:



Über Nacht wurden Fahrbahnen ummarkiert – ohne dass geprüft wurde, ob die neuen Radspuren überhaupt genutzt werden. Manche Abschnitte sind leer, wohingegen der Autoverkehr daneben im Stau steht. Es muss der Eindruck entstehen, dass hier nicht nach Vernunft, sondern auf Basis des Parteiprogramms entschieden wird. Sinnvolle Planung geht anders.

Verkehrserziehung statt Verkehrspolitik

Noch schlimmer ist das fehlende Verständnis für wirtschaftliche Realität. Lieferdienste, Handwerker, Gewerbetreibende sind auf funktionierende Verkehrswege angewiesen. Wenn Transportfahrzeuge im Stau stecken oder keinen Platz zum Halten und Laden finden, leidet die gesamte Stadt. Im Stau stecken im Übrigen auch die Einsatzfahrzeuge. Das alles scheint Grün-Rot nicht zu interessieren. Stattdessen verkauft man diese als Schritt in eine klimafreundliche Zukunft. Tatsächlich aber droht Mün-

chen in einer Mischung aus Verkehrschaos, Frustration und überteuren Symbolprojekten stecken zu bleiben. Eine echte Verkehrswende muss die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen, verlässliche Alternativverkehrsangebote entwickeln und vorhalten sowie die Bedürfnisse einer Millionenstadt ernst nehmen. Stattdessen erleben die Münchnerinnen und Münchner eine Politik, die sie erzieht, gängelt und bestraft.

München braucht Pragmatismus, keine Ideologien. Wer weniger Autoverkehr will, muss zuerst intelligente Alternativen schaffen. Solange die Stadtspitze jedoch lieber gegen das Auto kämpft, anstatt für Mobilität zu arbeiten, bleibt die Münchner Verkehrspolitik ein riskantes Experiment und die Bürgerinnen und Bürger die Versuchskaninchen. Das aber muss endlich aufhören – spätestens an den Wahlurnen am 8. März 2026. —



34

«**ICH HABE EINE
ENTWAFFNENDE
AURA**»

Ein Tag mit Neu-Ulms Oberbürgermeisterin Katrin Albsteiger. Bei den kommenden Kommunalwahlen, die am 8. März 2026 in Bayern stattfindet, tritt die CSU-Politikerin wieder an.

Autorin: Anne Wildermann

Politikredakteurin und stellvertretende Leiterin des Referats
Publikationen der Hanns-Seidel-Stiftung

Fotos: Samuel Gumberger

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung

E

Eigentlich wollte Katrin Albsteiger Journalistin werden. Sie sei sogar Stipendiatin der journalistischen Nachwuchsförderung der Hanns-Seidel-Stiftung in München gewesen, sagt sie.

Und dreht sich vom Beifahrersitz des mitternachtsblauen BMW i4 zur Rückbank. Sie ist an diesem Tag Ende Oktober 2025 auf dem Weg zur Einweihung einer sanierten Straßenbrücke, die über die A7 führt und die beiden Orte Holzheim und Finningen wieder miteinander verbindet. Nur in den Herbst- und Wintermonaten wird sie wegen des schlechten Wetters zu den Terminen gefahren. Verständlich – denn an diesem Tag regnet und windet es ziemlich stark. „Im Sommer bin ich immer mit dem Fahrrad unterwegs“, erzählt Albsteiger.

Letztlich führte der Weg die 42-jährige studierte Politikwissenschaftlerin nicht in eine Zeitungsredaktion, sondern ins Rathaus. Seit mehr als fünfeinhalb Jahren ist sie nun Oberbürgermeisterin der Stadt Neu-Ulm und tritt für die kommende Kommunalwahl in Bayern am 8. März 2026 erneut an. „Ich finde Wahlkampf richtig super“, sagt Albsteiger mit dieser lebendigen Stimme. Man komme in der Zeit mit vielen Menschen in Kontakt, treffe sie nicht in der Bürgerversammlung oder in der Ratsitzung, sondern bei einem Kaffeestammtisch oder beim Kürbisschnitzen. „Ich liebe solche Formate, weil sie nicht so formell sind. Eben anders als das Tagesgeschäft.“ Bis März wird es fast keine Pause für Albsteiger geben, sie wird viel unterwegs sein, viele Hände schütteln, viel reden und viele

Fragen beantworten. Nur zwischen Weihnachten und Silvester werde sie „ein wenig durchatmen können“.

Bürgermeisterwahl ist Persönlichkeitswahl mit Inhalten

Bisher stehen zwei Herausforderer fest, die ebenfalls um den obersten Posten im Rathaus buhlen: je ein Kandidat von SPD und Grünen. Die Neu-Ulmer AfD hat bereits angekündigt, auch einen Oberbürgermeisterkandidaten ins Rennen zu schicken. „Ich habe Respekt vor den Herausforderern, weil ich sie als Menschen ernstnehme“, erklärt Albsteiger und sagt nachdenklich, dass die AfD im Wahlkampf versuchen werde, mit Polemik zu punkten und die Stimmung dadurch aufgewühlter werde. „Dar- auf muss man natürlich reagieren.“

35



Rote Rosen: In kleiner Runde überreicht Katrin Albsteiger fünf Pflegeschülern, die ihren Abschluss gemacht haben, Blumen als Dankeschön und sagt: „Die Arbeit am Menschen ist etwas Wertvolles und etwas ganz Wichtiges.“



Mehr von Katrin Albsteiger gibt's im Video – einfach scannen und anschauen:

«MEINE KINDER WACHSEN MIT DEM AMT MIT»

Dennoch kann ich mir nicht vorstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt einen AfD-Bürgermeister haben wollen“, betont sie.

Als die Mutter von zwei Töchtern im Jahr 2020 mit einer stabilen Mehrheit von 52,3 Prozent im ersten Wahlgang zur neuen Oberbürgermeisterin gewählt wurde, saßen ihre Mitbewerber im Anschluss ebenfalls im Stadtrat. „Alles lief menschlich einwandfrei ab, und ich hoffe, dass das beim jetzigen Wahlkampf auch so ist.“ Für Albsteiger ist diese Wahl „eine Persönlichkeitswahl mit Inhalten“, denn die Bürger entscheiden, wen sie im Rathaus haben wollen und wen nicht.

Stadt und Bürger wieder eine Einheit

Die Kommunalpolitikerin ist sich darüber bewusst, dass sie einen „Amtsbonus“ hat und es schön sei, dass sie sich nicht mehr beweisen müsse. „Aber das kann auch ein Nachteil sein. Schließlich muss ich Rechenschaft über meine bisherige Amtszeit ablegen, das müssen die Mitbewerber nicht“, fasst sie zusammen.

Auf die Frage, was während ihrer Amtszeit in Neu-Ulm alles gut gelaufen sei, antwortet die Rathauschefin: „Ich bin damals nicht angetreten, um zu sagen, was mein Vorgänger Gerold Noerenberg alles falsch und schlecht gemacht hat, nur damit ich es besser machen kann. Nein. Ich wollte die Stadt so erfolgreich weiterführen, wie es auch in der Vergangenheit der Fall war.“ Und das war gar nicht so einfach. Der Grund: Die ersten Jahre ihrer Tätigkeit als Oberbürgermeisterin fielen genau in die Zeit der Corona-Pandemie. Albsteiger ging es vorrangig darum, dass



Albsteiger dokumentiert ihre Termine, die sie als Oberbürgermeisterin absolviert, für ihre Social Media-Kanäle wie die Wiedereröffnung einer Straßenbrücke, welche die Orte Holzheim und Finningen verbindet.

die Stadtverwaltung und die Neu-Ulmer nach zwei kräftezehrenden und herausfordernden Jahren wieder zusammenwachsen, sich näherkommen, eine Einheit bilden. „Und das ist uns gelungen“, erzählt sie stolz. Die naturblonden Haare hat sie zu einem lockeren Dutt im Nacken gebunden, die große Brille verleiht ihr eine zusätzliche Seriosität. Albsteiger sitzt an ihrem Schreibtisch, bearbeitet ein paar Mails, überfliegt Unterlagen und bereitet sich gedanklich schon auf den nächsten Termin vor.

Das obligatorische Selfie

Eine 24-köpfige Schülergruppe aus der italienischen Küstengemeinde Porto Sant'Elpidio an der Adria (Provinz Fermo) ist für ein paar Tage zu Gast in Neu-Ulm und am hiesigen Lessing-Gymnasium. Während einer kurzen Powerpoint-Präsentation erzählt Albsteiger den deutschen und italienischen Teenagern etwas über die Stadtgeschichte, die Sehenswürdigkeiten, die politische und wirtschaftliche Lage und dass Ulm 2023 Deutscher Basketballmeister geworden ist. Weil die Gastschüler und deren Lehrer Ivan Traini und Michele Salvatori nicht ganz so fit im Englischen sind, übersetzt die

deutsche Lateinlehrerin Nicole Häffner vom Lessing-Gymnasium. Bevor alle den großen Ratssaal verlassen, muss noch schnell das obligatorische Selfie gemacht werden. Auch Albsteiger ist in den sozialen Medien unterwegs, weiß, wie wichtig diese Plattformen sind, um als Politikerin gesehen und gehört zu werden – vor allem, um mit ihren Themen und Inhalten eine ganz andere, vor allem jüngere Zielgruppe zu erreichen. Kurz: potenzielle Wähler für die anstehende Kommunalwahl.

Sie bespielt Facebook, den Nachrichtendienst WhatsApp, Instagram und seit Kurzem auch TikTok in Eigenregie. „Von den Verwaltungsmitarbeitern darf das niemand machen, um die Neutralität zu wahren. Und wenn ich professionelle Unterstützung bräuchte, müsste ich jemanden privat engagieren und auch privat bezahlen.“ In dem Moment schaut sie auf ihren Instagram-Kanal und freut sich: „Yeah! 10.000 Follower!“ Kleine Reden oder Spickzettel, auf denen Albsteiger sich Notizen zu diversen Terminen macht, schreibt sie selbst. „Außer es handelt sich um Veranstaltungen wie den Neujahrsempfang oder wenn Bürgerinnen und Bürger im Namen der Stadt ausgezeichnet werden, bekomme ich beim Schrei-

«Ich bin damals nicht angetreten, um zu sagen, was mein Vorgänger falsch gemacht hat.»

Natürlich sei sie nicht naiv, aber sie beschäftige sich nicht die ganze Zeit mit dem Gedanken, dass ihr etwas zustoßen könnte. „Ich gehe trotzdem zu Veranstaltungen, auch wenn vor Ort ein harter Ton angeschlagen wird.“ Personenschutz war für Albsteiger bisher erst einmal notwendig – als während der Corona-Pandemie über den Messengerdienst „Telegram“ zu einem Fackellauf vor ihrer Haustür aufgerufen wurde.

Ohne Umschweife erzählt die Oberbürgermeisterin, was in ihrer Stadt nicht gut läuft: „Die Finanzlage beschäftigt mich am meisten.“ Aber nicht nur sie, auch ihrem neuen Kämmerer Gregor Kamp bereiten die rund 77 Millionen Euro Schulden und die aktuelle Haushaltssperre in Höhe von etwa zehn Millionen Euro Bauchmerzen. Die Gründe: weniger Einnahmen bei der Gewerbesteuer und eine Erhöhung der Kreisumlage um 2,8 Millionen Euro. Sebastian Kaida, Albsteigers persönlicher Referent, rechnet vor, dass der Gesamthaushalt für das Jahr 2025 bei 317 Millionen Euro steht.

Karottenstifte und Knäckebrot

Laut Albsteiger seien die Ausgaben das Problem. „Ich müsste eigentlich die freiwilligen Leistungen streichen und die Hauptaufgaben priorisieren. Es muss Veränderungen innerhalb des Systems geben wie Bürokratieabbau.“ Vor allem in der Baubranche sei alles teurer geworden und dauere länger. „Auch wenn wir uns als Stadt gewisse Dinge nicht mehr leisten können, müssen wir weiterhin funktionieren.“ Obwohl der Haushalt ein großes Defizit aufweist, will Albsteiger aus Prinzip nicht schwarzmalen, „sonst würde ich ja verrückt werden“, sagt sie.

Weil die Eröffnung der sanierten Brücke wegen des schlechten Wetters schneller ging als gedacht, hat

Albsteiger 60 Minuten Pause bis zum nächsten Termin. Sichtlich erleichtert, mal durchzuatmen, ein paar Karottenstifte und Knäckebrot zu snacken, lässt sie sich auf einen Stuhl an einem runden Tisch in ihrem Büro fallen. „Solch einen langen Puffer zu haben, kommt wirklich sehr selten vor – ein richtiger Traum“, sagt sie mehr zu sich selbst.

Das Amt der Oberbürgermeisterin ist kein Nine-to-Five-Job, es verlangt, dass Albsteiger rund um die Uhr zur Verfügung steht. Heute hat sie bereits um viertel nach sieben das Rathaus betreten, zuvor hat sie mit ihren beiden Töchtern Alicia (9 Jahre) und Marisa (7 Jahre) gefrühstückt und ihnen Pausenbrote geschmiert. Im Schnitt arbeitet Albsteiger bis zu 16 Stunden am Tag, daher ist es nichts Ungewöhnliches, wenn sie abends bis 23 Uhr noch Mails checkt, Unterlagen sichtet und Papiere unterzeichnet – dann aber vom heimischen Schreibtisch aus. Bisher sei es erst einmal vorgekommen, dass sie am späten Abend von einem Mitarbeiter angerufen wurde. „Das war, als ein Studentenwohnheim gebrannt hat“, erinnert sie sich.

Kein Job, sondern Berufung

Albsteiger öffnet ihren Kalender auf ihrem Tablet. Die kommenden Wochen und Monate sind vollgepackt, keine Minute, keine Stunde scheint ungenutzt. Bunte Einträge markieren, welche Termine sie als Oberbürgermeisterin betreffen, als CSU-Politikerin, als Privatperson und welche für ihren Wahlkampf wichtig sind. Zugriff auf ihren Kalender haben auch die zwei Mitarbeiter im Sekretariat, Benjamin Bauer und Jutta Schor, die Albsteiger mehrmals am Tag daran erinnern, wann sie zum nächsten Termin muss.

„Ich arbeite gern, für mich ist dieser Job eine Berufung!“, sagt sie resolut.

Im Jour fixe bespricht Albsteiger mit Mitarbeitern der Verwaltung kleine Anliegen der Neu-Ulmer wie das Aufstellen eines zusätzlichen Mülleimers am Maxplatz am Donauufer.



Unten: Zwischen den Terminen checkt Albsteiger ihre Kanäle in den sozialen Netzwerken.



Natürlich sei sie sich darüber bewusst, dass sie aufgrund dieser „Berufung“ nicht viel Zeit mit ihrem Mann Tobias und den zwei gemeinsamen Kindern verbringen könne. An einem Wochenende zum Wandern in die Berge zu fahren oder schwimmen zu gehen, sei nicht möglich. Dafür aber unter der Woche mal für zwei Stunden mit den Töchtern Schlittschuhlaufen. Selbst das wöchentliche Joggen muss Albsteiger gut planen und notfalls zwischen zwei Terminen quetschen.

Generell scheinen Albsteigers Töchter Alicia und Marisa ihre größten Unterstützerinnen zu sein. Vor allem die neunjährige Alicia kann sich gar nicht vorstellen, dass ihre Mutter einen anderen Job macht als den

der Neu-Ulmer Oberbürgermeisterin. Für das Mädchen ist es kein Problem, dass ihre Mutter erst dann nach Hause kommt, wenn sie schon im Bett liegt und nicht beim gemeinsamen Abendessen dabei war. „Meine Kinder wachsen mit diesem Amt mit. Für sie ist das Normalität“, fasst Albsteiger zusammen.

Auch für Albsteiger wäre ein klassischer Nine-to-Five-Job „die Hölle“, wie sie verrät. Denn die Politikerin liebt ihre Tätigkeit, mag die direkte Verantwortung – genau deshalb kann sie sich nichts Schöneres vorstellen, als am 8. März 2026 im Amt bestätigt zu werden. ■

KATRIN ALBSTEIGERS POLITISCHE KARRIERE

2003 Eintritt in die Junge Union

2011 Als erste Frau zur Landesvorsitzenden der Jungen Union als erste Frau gewählt

2012 Auszeichnung als „Nachwuchspolitikerin des Jahres“ des Fachmagazins „Politik & Kommunikation“

Von 2013 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags

2020 Zur Oberbürgermeisterin von Neu-Ulm gewählt

Seit 2021 stellvertretende CSU-Vorsitzende

ben Hilfe.“ Generell macht die ehemalige Bundestagsabgeordnete einen unkapriziösen Eindruck, wirkt bodenständig, selbstbewusst – aber vor allem authentisch. Vielleicht ist das auch der Grund, warum Albsteiger bisher keine Anfeindungen erlebt hat – weder bei Social Media noch in der analogen Welt. Sie werde nach eigenen Aussagen nicht angepöbelt, beschimpft oder bedroht. „Die Menschen haben Respekt vor mir, vor mir als Frau. Ich glaube, ich habe eine entwaffnende Aura.“ Sie lacht kurz und wird dann wieder ernst. „Das war bei meinem Vorgänger anders.“ Noerenberg, Altbürgermeister und Ehrenbürger der Stadt Neu-Ulm, wurde 2010 von dem Deutsch-Libanesen Khaled El-Masri mit Fäusten im Neu-Ulmer Rathaus attackiert. Er erlitt dabei eine blutende Kopfverletzung und musste behandelt werden. El-Masri wurde 2004 von US-Geheimdienstagenten der CIA entführt und gefoltert.

MARCUS KÖNIG

NÜRNBERGER OBERBÜRGERMEISTER



© Christine Dierenbach

Marcus König ist seit 1. Mai 2020 Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg. Politisch engagierte sich der gebürtige Nürnberger bereits im Alter von 14 Jahren, als er Mitglied der Jungen Union (JU) wurde. Der 45-Jährige ist gelernter Bankkaufmann, verheiratet und hat einen Sohn.

Er will es noch einmal wissen: Nürnbergs amtierender Oberbürgermeister tritt zur Wiederwahl am 8. März 2026 an. Was während des Kommunalwahlkampfes wichtig ist und wie es um seine Heimatstadt politisch bestellt ist, darüber spricht er in unserem Kurz-Interview.

Es gibt viele neue digitale Formate mit Marcus König. Mehr dazu im Video:



FRAGE 1

Worauf achten Sie in einer Stadt wie Nürnberg während des Kommunalwahlkampfes?

Wer in Großstädten erfolgreich sein will, muss ein Angebot machen, das eine Mehrheit der Menschen anspricht. Ich habe von Beginn meiner Amtszeit darauf geachtet, die Nürnbergerinnen und Nürnberger mitzunehmen und Entscheidungen gut zu kommunizieren. Im Stadtrat ist es sehr wichtig, eine breite Mehrheit der Demokratinnen und Demokraten zu erreichen. Dort gibt es nicht „Regierung“ und „Opposition“ – wir sind alle gemeinsam für das Wohl unserer Stadt verantwortlich. Für mich ist es selbstverständlich, alle demokratischen Kräfte im Stadtrat einzubinden und Lösungen im Konsens zu erarbeiten. Das erwarten die Menschen von uns.

FRAGE 2

Welche Probleme und Herausforderungen gibt es für die CSU in Nürnberg?

Auch wir haben bei der CSU das Phänomen, dass die Bindekräfte für „klassische CSU-Milieus“ schwächer werden. In den Großstädten sehen wir, dass es eine Herausforderung ist, denn die Kleinparteien und politischen Ränder werden stärker. Galt Nürnberg Jahrzehnte als „Rote Hochburg“ der SPD, so ist seit vielen Jahren die CSU die bestimmende politische Kraft. Die Direktmandate für Landtag, Bezirkstag und Bundestag gehen an die CSU, sie ist stärkste Kraft im Stadtrat, wir stellen den Oberbürgermeister. Ohne die CSU geht in Nürnberg nichts – auch dank der hervorragenden Politik von Ministerpräsident Markus Söder.

FRAGE 3

Was ist Ihre erste Amtshandlung, wenn Sie als Oberbürgermeister wiedergewählt werden?

Die Herausforderungen für die Kommunen sind immens – von Klimawandel und Finanzen über Digitalisierung, Mobilität bis hin zu Sicherheit und Sauberkeit. Diese Herausforderungen werden wir nur stemmen, wenn die demokratischen Kräfte gemeinsam daran arbeiten. Daher werde ich nach der Wiederwahl Gespräche mit den demokratischen Parteien aufnehmen, um eine stabile Kooperation im Rat zu erreichen. Das geht nur gemeinsam – zum Wohl der Nürnbergerinnen und Nürnberger.

DAS GEGENGIFT ZU RESSENTIMENTS HEISST: VERTRAUEN

Autor: Dr. Alexander Wolf
Leiter Hauptstadtbüro, Hanns-Seidel-Stiftung, Berlin

42

D

Deutschland steckt fest – wirtschaftlich wie politisch. Die führenden Wirtschaftsinstitute erwarten für 2025 nur noch ein Wachstum von 0,2 Prozent, bis 2030 droht Stagnation. Das Land lebt von Staatsausgaben, nicht von Produktivität. Hinter der stabilen Fassade liegt ein tiefes Strukturproblem: lähmende Bürokratie, hohe Steuerlast, sinkende Investitionsfreude und ein Sozialstaat, der mehr verwaltet als erneuert.

Solche Krisen sind politische Sollbruchstellen. Wenn der Staat an Dynamik verliert, wächst das Misstrauen – und Populisten füllen das Vakuum. Sie gedeihen nicht trotz, sondern wegen der wirtschaftlichen und administrativen Lähmung. Ihre Stärke ist das Symptom der Reformschwäche.

Deshalb ist der „Herbst der Reformen“, den Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) angekündigt hat, weit mehr als ein ökonomisches Programm. Er ist die politische Antwort auf die Vertrauenskrise. Nur wer zeigt, dass Demokratie handlungsfähig bleibt, entzieht der Wut ihre Nahrung.

«Das Misstrauen wächst und Populisten füllen das Vakuum.»

Reformen sind kein neoliberales Selbstzweckprojekt, sondern die Voraussetzung sozialer Stabilität. Ein Staat, der Wachstum, Innovation und Beschäftigung stärkt, schafft Vertrauen – genau dieses Vertrauen ist das Gegengift zum Ressentiment. Die kürzlich vorgestellten zwölf Vorschläge der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute zeigen den Weg: Renten- und Krankenversicherung stabilisieren, Arbeit wieder lohnender machen, Genehmigungen beschleunigen, Verwaltung digitalisieren, Investitionen erleichtern und öffentliche Mittel gezielter einsetzen. Konkret: weniger Papier, mehr Produktivität. Das ist keine Ideologie, sondern Verantwortungspolitik.

Dr. Alexander Wolf leitet seit 2013 das Hauptstadtbüro der Hanns-Seidel-Stiftung in Berlin. Er hat in München Politikwissenschaften studiert und im Fach Internationale Beziehungen an der Universität der Bundeswehr München promoviert.



43

Wer nun glaubt, man müsse den Frust im Land mit lauterer Rhetorik beantworten oder „rote Linien neu ziehen“, begeht einen logischen Fehlschluss. Eine Demokratie verteidigt sich nicht durch Anpassung, sondern durch Leistungsfähigkeit.

Die jüngste Debatte über die Worte des Bundeskanzlers zum Stadtbild zeigt, wie wichtig sprachliche Genauigkeit und gegenseitiges Verständnis sind. Wer jedes Wort des politischen Gegners – der Mit-Demokrat ist, nicht Feind – im schlechtesten Sinn deutet, verlernt das Zuhören. Demokratie braucht Streitkultur, nicht Fehlersuche.

Die Union steht in einer historischen Pflicht: Sie muss nicht nach rechts rücken, sondern nach oben wachsen. Nicht ihre Standards senken, sondern sie erhöhen – in Kompetenz, Stil und Ernsthaftigkeit. Die Menschen erwarten nicht Lautstärke, sondern Lösungen. Sie wollen, dass Politik funktioniert.

Der wahre Gegensatz unserer Zeit verläuft nicht zwischen links und rechts, sondern zwischen Gestaltungswillen und Zerstörungswut. Reformpolitik ist deshalb demokratische Selbstverteidigung.

«Menschen erwarten nicht Lautstärke, sondern Lösungen.»

Wer Zukunft will, muss liefern, nicht lamentieren. Wer führen will, muss reformieren. Reformen sind die Brandmauer. —

WER JÜDISCHES LEBEN SCHÜTZT, schützt auch die Demokratie

Autor: Dr. Josef Schuster
Seit 2014 Präsident des Zentralrats der Juden

44

A

Antisemitismus ist, auch 80 Jahre nach Ende der Shoah, noch präsent in Deutschland. Doch in den vergangenen zwei Jahren erleben wir eine antisemitische Mobilisierung, die beunruhigend ist: offener, organisierter, enthemmter.

Seit den Massakern und der systematischen sexuellen Gewalt der Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 sehen wir einen gesellschaftlichen Dammbbruch. Verbale und physische Angriffe auf alles Jüdische treten zutage. Die traurige Wahrheit: Der Antisemitismus war nie verschwunden – er hat seitdem eine neue Dynamik.

Die aktuellen Zahlen der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus sind deutlich: Bundesweit wurden im Jahr 2024 bisher mehr als 8.600 antisemitische Vorfälle dokumentiert, die Dunkelziffer dürfte höher liegen. Das ist ein Anstieg von 77 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In Bayern verdoppelte sich die Zahl der dokumentierten Vorfälle. Besonders gravierend: In etwa 80 Prozent der Fälle im Freistaat handelte es sich um israelbezogenen Antisemitismus. Wer Jüdinnen und Juden kollektiv für die Handlungen der israelischen Regierung verantwortlich macht oder das Leid der palästinensischen Zivilbevölke-

rung in Gaza als Gelegenheitsstruktur für den eigenen Hass nutzt, äußert keinen politischen Protest, sondern unverhohlenen Antisemitismus!

Die im September 2025 vorgestellte „Studie zu den Auswirkungen des terroristischen Anschlags am 7. Oktober 2023 auf jüdische und israelische Communities in Deutschland“, erhoben von Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai in Zusammenarbeit mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, zeigt, wie dramatisch die Konsequenzen dieser Entwicklung in Deutschland sind. Viele Jüdinnen und Juden ziehen sich aus dem öffentlichen Leben zurück, verstecken jüdische Symbole, meiden Veranstaltungen, äußern sich nicht mehr öffentlich zu Israel – aus Angst vor Ausgrenzung, Bedrohungen, Gewalt. Die Studie legt offen, wie stark der Antisemitismus die Lebensrealität formt, wie sehr das Vertrauen in gesellschaftliche, politische Solidarität schwindet.

Auch die jüdische und israelische Gemeinschaft in Bayern sind davon betroffen

Der Umgang mit dem israelischen Dirigenten Lahav Shani, einem international renommierten Künstler, zeigt das auf bedrückende Weise. Die Münchner Philharmoniker wurden im September 2025 vom „Flanders Festival“ in Belgien eingeladen, weil Shani sich angeblich nicht deutlich zur israelischen Regierungspolitik positioniert habe. Die Botschaft ist klar: Kontaktschuld. Eine jüdische Abstammung oder israelische Herkunft – mehr braucht es nicht, um politisch vereinnahmt, ausgeschlossen zu werden. Die Reaktionen aus Deutschland waren erfreulich: eine Solidarität, die viele in den vergangenen Monaten schmerzlich vermisst haben. Der Fall Shani zeigt: Antisemitismus gefährdet nicht nur Einzelne, er greift unsere kulturelle Integrität an.

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND



Der 71-jährige Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, ist auch Vize-Präsident des „World Jewish Congress“ und des „European Jewish Congress“. Er hat Medizin an der Uni Würzburg studiert.

45

Besorgniserregende politische Instrumentalisierung

Mit Blick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen in Bayern müssen wir wachsam bleiben. Die vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestufte AfD bedient sich antisemitischer Erzählungen, relativiert die Shoah-Verbrechen und instrumentalisiert Israels Krieg gegen die Terrororganisation Hamas für pauschalen Rassismus gegenüber der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland. Trotzdem wird sie von Teilen der deutschen Bevölkerung als wählbare Option gesehen. Wenn rechtspopulistische und rechtsextremistische Kräfte weiter Zulauf gewinnen, ist das jüdische Leben in Deutschland zunehmend bedroht.

Vergangenes Jahr hat der Zentralrat der Juden in Deutschland sein 75. Jubiläum gefeiert – ein bedeutendes Jubiläum. Denn die Arbeit des Zentralrats ist wichtig für das demokratische Selbstverständnis dieses Landes. Unsere Arbeit steht nicht nur für Erinnerung und Aufarbeitung, sondern für Gegenwart und Zukunft, für Bildung, Teilhabe, Vielfalt und Verständigung. Seit 75 Jahren ist sie ein Garant für jüdisches Leben in Deutschland, ein wichtiger Mahner in Zeiten wachsender Intoleranz. Heute ist diese

öffentliche, sichtbare Stimme jüdischer Gegenwart notwendiger denn je.

Wir konnten am 13. Oktober 2025 die Freilassung der noch lebenden Geiseln aus dem Gazastreifen erleben. In Israel und in jüdischen Gemeinden weltweit, war die Freude über diesen lang ersehnten Tag gemischt – mit der traurigen Sicherheit, dass viele Geiseln von der Hamas ermordet wurden. Es scheint, dass die militärische Auseinandersetzung in Gaza ein mögliches Ende finden könnte.

Vermutlich lässt sich der nach dem 7. Oktober 2023 entfesselte Antisemitismus nicht zurückdrängen, sodass sich Jüdinnen und Juden weiterhin unsicher fühlen. Das ist kein Randphänomen, sondern ein frontaler Angriff auf das Herz unserer Gesellschaft. Es liegt an uns allen, entschieden und unmissverständlich gegenzusteuern – politisch, juristisch, kulturell und zivilgesellschaftlich.

Es geht nicht nur um den Schutz jüdischen Lebens. Es geht um das Fundament unserer Demokratie. ■

SÜDKAUKASUS AM WENDEPUNKT: Der Weg nach Westen

Autor: Oliver Rolofs

Sicherheitsexperte und Direktor des Österreichischen Instituts für strategische Studien und internationale Zusammenarbeit (AISSIC) in Wien

46

W

Während Europa gebannt auf Moskau, Peking und den Nahen Osten blickt, hat sich im Südkaukasus eine geopolitische Zäsur ereignet. Unser Autor hat die Geschehnisse analysiert.

Am 8. August 2025 unterzeichneten Armeniens Premierminister Nikol Paschinjan und Aserbaidischans Präsident Ilham Alijew unter amerikanischer Vermittlung in Washington eine Rahmenerklärung, die den jahrzehntelangen Konflikt zwischen beiden Staaten in einen dauerhaften Frieden führen kann. Herzstück ist ein Transitkorridor, der Aserbaidischans über armenisches Territorium mit seiner Exklave Nachitschewan verbindet. Das Projekt trägt den symbolträchtigen Namen „Trump Route for International Peace and Prosperity“ (TRIPP).

Abzug russischer Friedenstruppen

Jahrzehntelang war der Konflikt um Bergkarabach das Paradebeispiel eines „eingefrorenen“ Konflikts. Die OSZE-

Minsk-Gruppe, von den USA, Frankreich und Russland geleitet, verwaltete Stillstand, brachte aber keine Lösung. Erst die blitzartigen Offensiven Aserbaidischans in den Jahren 2020 und 2023, mit denen Baku Karabach und weitere völkerrechtlich zu ihm gehörende Gebiete vollständig zurückeroberte, schufen Fakten. 2024 folgte auf Drängen Aserbaidischans der Abzug der russischen Friedenstruppen – ein symbolträchtiger Schlusspunkt der alten Nachkriegsordnung.

Armenien, militärisch isoliert und von Russland enttäuscht, musste sich neu orientieren. Washington griff diese Dynamik auf, institutionalisierte den Friedensprozess und verankerte mit TRIPP seine Dauerpräsenz – ein klares Signal, dass die USA wieder globale Ordnungspolitik betreiben.

Der neue Korridor ist eine Achse, die geopolitische, ökonomische und sicherheitspolitische Dimensionen in sich vereint. Unter armenischer Souveränität, aber mit amerikanischer Entwicklungs- und Investitionshoheit



Oliver Rolofs war Kommunikationschef der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), wo er zudem die Programme für Cyber- und Energiesicherheitspolitik verantwortete.

47

ausgestattet, soll eine moderne Infrastruktur entstehen, die Energieexporte, Datenleitungen und Handelsströme bündelt. Für Baku bedeutet dies die dauerhafte Sicherung seiner territorialen Integrität und den Anschluss an globale Märkte, für Jerewan die Aussicht auf Investitionen und Modernisierung und für Washington einen strategischen Hebel mitten zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer. Beobachter sprechen von einem Musterprojekt, mit dem Washington eine geopolitische Peripherie in ein Kernstück transatlantischer Ordnungspolitik verwandelt.

Eine jüngste Geste zeigt, dass es Aserbaidischans tatsächlich ernst meint mit dem Friedensprozess: Baku hat sämtliche Beschränkungen für den Warentransport nach Armenien aufgehoben – ein Schritt, der vor wenigen Monaten noch undenkbar schien. Die erste Lieferung war kasachischer Weizen, der über aserbaidischansches Territorium nach Armenien gelangte. Diese unscheinbare Fracht ist weit mehr als ein logistisches Detail: Sie kann den Beginn einer neuen Ära regionaler Kooperation markieren, in der

Handelsrouten wieder verbinden, was jahrzehntelang getrennt war. Ein erster kleiner, aber bedeutender Schritt: Der Frieden besteht damit nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis.

Rakete schießt Passagierflugzeug ab

Für Aserbaidischans ist diese Entwicklung ein Triumph. Präsident Alijew hat es geschafft, einen Prozess einzuleiten, der sein Land als Partner des Westens verankert. Nach der Rückeroberung seiner Territorien präsentierte sich Baku als Garant regionaler Stabilität – ein Narrativ, das in Washington auf offene Ohren stieß.

Hinzukam die tiefe Entfremdung von Russland. Spätestens seit dem Abschuss eines aserbaidischanschen Passagierflugzeugs von einer russischen Rakete im Dezember 2024, bei dem 38 Menschen ums Leben kamen, ist das Vertrauen in den Kreml zerstört. Erst jetzt, im Oktober 2025, räumte Wladimir Putin bei einem Treffen mit Präsident



Das Projekt trägt den symbolträchtigen Namen „Trump Route for International Peace and Prosperity“ (TRIPP; die deutsche Bezeichnung: „Armenisch-aserbaidchanisches Friedensabkommen“). Mit der neuen „Trumproute“ wollen Armenien und Aserbaidchan ihren Konflikt befrieden: Der neue Transitkorridor führt durch den Zangezur-Korridor bis zur aserbaidchanischen Enklave Nachitschewan.

«DIE REGION IST EIN SCHLÜSSEL-KORRIDOR FÜR INFRASTRUKTUR, ENERGIE UND SICHERHEIT.»

48

Alijew in Duschanbe eine Mitverantwortung Russlands ein, entschuldigte sich öffentlich und stellte Entschädigungen in Aussicht. Aserbaidchan entließ im Gegenzug mehrere russische Staatsangehörige aus der Haft – ein symbolischer Akt der Entspannung, der die Machtasymmetrie zwischen beiden Ländern deutlich macht.

Seitdem orientiert Alijew das Land klar nach Westen: Baku intensiviert seither die Kooperation mit den USA und der Ukraine, schließt Energieabkommen und positioniert sich als wichtige Drehscheibe europäischer Versorgungssicherheit. Symbolträchtig ist das erste Abkommen zwischen der ukrainischen Naftogaz und SOCAR über Gaslieferungen via Transbalkan-Route – ein Auftakt zu engerer Energiekooperation zwischen Kyjiw und Baku. Die jüngsten russischen Raketenangriffe auf ein SOCAR-Öldepot in Odessa zeigen, wie sehr Moskau diese Allianz fürchtet – und wie weit es bereit ist zu gehen, um sie zu stören.

Ukraine-Krieg bindet Ressourcen

Für Russland bedeutet das Washingtoner Abkommen einen geopolitischen Schock. Jahrzehntlang war der Südkaukasus Teil seiner Einflussphäre. Militärbasen, Sicherheitsgarantien und die Rolle als Vermittler im Karabach-Konflikt gaben dem Kreml ein Gefühl regionaler Kontrolle. Doch dieses Kartenhaus ist kollabiert. Der Krieg gegen die Ukraine bindet Ressourcen, die Sanktionen schwächen Russlands Einfluss und im Südkaukasus verliert Moskau seine letzten Hebel. Mit dem US-garantierten Korridor verlaufen künftig zentrale Energie- und Transportachsen an Russland vorbei. Selbst Putins Entschuldigung in Duschanbe wurde international als Zeichen schwindender Autorität gewertet.

Noch lauter als Russland protestiert der Iran. In Teheran wird TRIPP als Bedrohung verstanden: Die bisherige Achse Iran–Armenien, die dem Regime half, Sanktionen zu umgehen und Zugang zum Schwarzen Meer zu behalten, droht blockiert zu werden. Drohungen, der Korridor werde zum „Friedhof für Trumps Söldner“, unterstreichen die Ner-

Durchbruch in Washington: Unter Vermittlung von US-Präsident Donald Trump (Mitte) unterzeichneten Ilham Alijew (li.) und Nikol Paschinjan im Weißen Haus im August 2025 wegweisende Abkommen für Frieden und Infrastrukturprojekte zwischen Armenien und Aserbaidchan.



49

vosität. Für Israel, das Aserbaidchan als Energiepartner und Gegenspieler des Iran sieht, eröffnen sich – vor allem nach dem Gaza-Krieg – neue Chancen sicherheitspolitischer Kooperation.

Gestalter globaler Friedensprozesse

Das Engagement Washingtons im Südkaukasus fällt in eine Phase neuer amerikanischer Initiativen. Nach der von Donald Trump vermittelten Waffenruhe im Gaza-Konflikt im Oktober 2025, die als diplomatischer Erfolg gewertet wurde, festigt sich das Bild der USA als aktiver Gestalter globaler Friedensprozesse. Der Washingtoner Durchbruch zwischen Armenien und Aserbaidchan ist Teil derselben Strategie: Machtpolitik durch Diplomatie und wirtschaftliche Hebel.

Paris als Schutzmacht Armeniens

Und Europa? Trotz Beobachtermissionen und zahlreicher Statements bleibt Brüssel in der Zuschauerrolle. Paris positioniert sich zwar als Schutzmacht Armeniens, sucht

inzwischen aber auch den Dialog mit Baku – ein Versuch, den Einfluss nicht völlig zu verlieren. Dennoch berühren die Entwicklungen Europas Kerninteressen: Energieversorgung, neue Infrastrukturkorridore und den Zugang nach Zentralasien.

Gerade Deutschland darf sich nicht länger zurücklehnen. Als wirtschaftliche Lokomotive der Europäischen Union hat Berlin die Chance, aktiv mitzuwirken – mit Investitionen, sicherheitspolitischem Engagement und politischer Präsenz. Der Südkaukasus steht an einem Wendepunkt. Aserbaidchan hat mit Unterstützung Washingtons den Weg nach Westen eingeschlagen und bietet Europa die Möglichkeit, sich in einem Schlüsselraum zu verankern. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) sollte deshalb zügig in die Region reisen, um Deutschlands Präsenz sichtbar zu machen und eine klare europäische Handschrift zu hinterlassen. Die Botschaft aus Washington ist eindeutig: Geopolitik duldet kein Vakuum. ■

SOCIAL MEDIA- ALTERSGRENZE

BEI KIDS?

Erst ab 13 Jahren sollten Kinder und Jugendliche nach Ansicht der Nationalen Akademie der Wissenschaft Leopoldina einen Social Media-Account haben. Die Experten haben dazu kürzlich eine Stellungnahme herausgegeben und fordern zusätzlich, dass die Eltern mehr in die Pflicht genommen werden. Die dafür ausgewerteten Studien zeigen Zusammenhänge auf, liefern aber keine Beweise für Ursachen.

Mehr zu dem Thema „Eine Social Media-Altersgrenze für Kinder und Jugendliche“ erfahren Sie im Experteninterview mit dem Kölner Diplom-Psychologen und Bestsellerautor Rolf Schmiel



Melanie Huml

Die CSU-Politikerin Melanie Huml ist Vorsitzende der Kinderkommission des Bayerischen Landtags. In ihrer Heimatstadt Bamberg kandidiert sie für das Amt der Oberbürgermeisterin für die Kommunalwahl im März 2026.

JA, wir müssen unsere Kinder schützen und begleiten.

Soziale Medien prägen den Alltag von Kindern und Jugendlichen. Sie eröffnen Chancen für Austausch, Kreativität und Bildung – bergen auch Risiken: von Cybermobbing über Gewaltvideos bis hin zu suchtähnlichem Konsum.

Für öffentlich sichtbare Profile und Content-Plattformen wie TikTok oder Instagram ist ein Mindestalter von 13 Jahren sinnvoll. Ein generelles Social Media-Verbot greift zu kurz und wird dem komplexen Thema nicht gerecht. Bei Messengerdiensten wie WhatsApp, die primär der privaten Kommunikation dienen, braucht es differenzierte Lösungen.

Als Mutter von zwei Söhnen im Teenageralter weiß ich aus eigener Erfahrung, wie anspruchsvoll es ist, den richtigen Weg zwischen Schutz und Teilhabe zu finden. Kinder wollen mitreden, wenn Freundeskreise online kommunizieren oder sich die Klassengemeinschaft in Chats organisiert.

Entscheidend ist: Wir müssen unsere Kinder behutsam an die digitale Welt heranführen – beim Anschauen von Inhalten und beim Gestalten eigener Beiträge. Junge Menschen brauchen Zeit, um zu lernen, wie sie mit Online-Inhalten verantwortungsvoll umgehen, wie sie ihre Privatsphäre schützen können.

Eltern sind gefordert, die Nutzung aktiv zu begleiten. Gleichzeitig braucht es Medienbildung in Schule und Familie, damit Kinder früh lernen, wie sie sich sicher im Netz bewegen.

Wichtig ist: Plattformen sollten ihre Dienste altersgerecht gestalten – mit leicht verständlichen Jugendschutzfunktionen, weniger Suchtmechanismen wie endloses Scrollen und auf personalisierte Werbung für Minderjährige verzichten. ■



Joachim Türk

Ist Vize-Präsident des Kinderschutzbundes.

NEIN, es richtet sich gegen die Falschen.

Der Ruf nach dem teilweise kinderfreien Netz klingt mutig, aber er ist Ausdruck von Hilflosigkeit und richtet sich gegen die Falschen. 20 Jahre lang wurde ihnen „Digitalisierung“ gepredigt; wir haben die Smartphones in ihr Leben integriert. Kinder lernen durch Kopieren. Und wie sie gelernt haben! Plattformen haben zwar längst ein Mindestalter von 13 Jahren – wie es auch die Leopoldina vorschlägt. Bisher wird das jedoch ignoriert und umgangen – obwohl die Eltern einwilligen müssten.

Wir haben digitalisiert – aber versäumt, die digitale Welt zu erklären, Risiken zu benennen und auszusprechen. Bis heute darf das Netz für Milliardengewinne hässlich sein, manipulieren, betrügen und falsche Vorbilder feiern. Und die Kinder und Jugendlichen? Sie haben getan, was erwartet wurde: Die digitale Welt erkundet, erobert und haben irgendwann aufgehört, Eltern und Lehrkräfte zu fragen, weil keine Antworten kamen. Sie sind mittendrin, sie unterscheiden nicht zwischen analog und digital. Sie sind in Gefahr, weil kaum einer sie aufgeklärt hat – und jetzt werden sie ausgeschlossen.

Kinderfrei statt kindersicher, das ist nur ein Teil der Lösung. Viele werden die Sperren umgehen. Wer bereitet sie auf das vor, was sie erwartet, wenn sie in die digitale Welt der Erwachsenen eintauchen? Wer zwingt die Plattformen zu kindgerechten Angeboten, zu geschützten Räumen, in denen Kinder lernen und Erfahrungen sammeln können? Und wer fängt an, vor KI zu warnen, KI zu regulieren und kindgerecht zu machen, statt sie heute zu predigen und übermorgen zu verbieten? ■

«WAS MACHT EIGENTLICH ...?»

DR. INGO FRIEDRICH

Brüssel, Berlin oder Wien: Er ist viel unterwegs, obwohl er nicht mehr als Abgeordneter im Europäischen Parlament ist. Stattdessen sorgt der 83-Jährige als Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats für besseren Austausch zwischen Unternehmen und den Standorten Deutschland und Europa.

Autor: Dr. Ingo Friedrich

So erstaunlich es klingt: Seit meinem Abschied aus dem Europäischen Parlament hat sich weniger verändert, als man erwartet – nur die Dimensionen sind andere. In Zahlen: Statt rund zehn Terminen pro Woche sind es heute fünf, statt zwanzig Einladungen etwa zehn, und anstelle von 60 Arbeitsstunden pro Woche sind es 40.

Gravierender als die Zeitbilanz hat sich die psychologische Belastung verändert. Früher brachte fast jeder Tag Überraschungen mit sich: unerwartete Probleme, sofortige

Deshalb organisiert der EWS Tagungen mit 50 bis 80 Teilnehmern an Orten wie in Brüssel, Berlin, Wien, London, München oder Istanbul. Meine Aufgabe ist es, spannende Themen zu identifizieren, passende Referenten zu gewinnen und sicherzustellen, dass die Mitglieder informiert sind.

Auch nach meinem Abschied aus dem Europäischen Parlament bin ich eng mit Brüssel verbunden. Der Präsident der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber, hat mich gebeten, als Auditor die Finanzen der EVP zu überwachen und darüber dem Parteivorstand zu berichten – mit der beruhigenden Feststellung, dass die Finanzen solide sind.

Ein Herzensanliegen ist mir geblieben: Ich bin nach wie vor als Exekutivpräsident der Union Mittelständischer Unternehmer (UMU) tätig und trete für die Belange des Mittelstands ein.

Auch in meiner fränkischen Heimat engagiere ich mich als Mitglied im CSU-Kreis- und Bezirksvorstand und als Ehrenbürger meiner Heimatstadt Gunzenhausen.

«MEIN LEBEN IST ALLES ANDERE ALS LANGWEILIG, ES IST INSPIRIEREND.»

«BESONDERS ERFÜLLT MICH DIE ROLLE ALS PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSSENATS.»

Entscheidungen, ständige Unwägbarkeiten. Heute: Es gibt kein Herzklopfen mehr beim Blick in die Morgenzeitung, keine Anspannung vor der nächsten Nominierungsversammlung.

Besonders erfüllt mich meine Rolle als Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats (EWS), weil sie eine Brücke schlägt zwischen Wirtschaft und Politik. Der EWS vereint rund 130 Unternehmen aus sechs europäischen Ländern. Gemeinsam stellen sie ihre wirtschaftliche Expertise der deutschen und europäischen Politik zur Verfügung – im Gegenzug erwarten sie Informationen über aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklungen.

Mein Leben ist alles andere als langweilig, es ist inspirierend und hochinteressant. Zahlreiche Einladungen wie vom Wirtschaftsbeirat oder von der Bayerischen Vertretung in Brüssel erreichen mich, und ich wähle gezielt die wichtigsten Veranstaltungen aus, um mein Wissen aktuell zu halten und meine Reden mit frischen Impulsen zu bereichern.

Besonders beschäftigt mich derzeit die globale Herausforderung bezüglich China: Können wir in Deutschland und Europa noch mithalten? Oder brauchen wir eine grundlegende Mentalitätsänderung hin zu mehr Leistung und Begabtenförderung?

Mein Lebensmotto bleibt unverändert: einen Beitrag dazu zu leisten, dass Deutschland und Europa erfolgreich sind und bleiben. ■

DR. INGO FRIEDRICH

Von 1979 bis 2009 war er Europaabgeordneter, davon fünf Jahre Vizepräsident des Europäischen Parlaments, und seit 2009 ist er Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats.

SOCIAL MEDIA

Aktuelles aus den sozialen Netzwerken



**Eva Weber,
Oberbürgermeisterin von Augsburg**

Nicht nur eine rauschende Ballnacht, sondern auch ein Abend mit Herz und Haltung. Ein Event zugunsten der @karteidernot vereint festliche Stimmung mit einem wichtigen Zweck: Hilfe für Menschen, die in Not sind. (...) Ein herzliches Dankeschön an die @augsburger_allgemeine und alle, die mit ihrer Teilnahme und Unterstützung dazu beitragen, dass Augsburgs Herz für Solidarität und Zusammenhalt schlägt. »»



**Clemens Baumgärtner,
Oberbürgermeisterkandidat der CSU**

Grünes Licht für die Olympischen und Paralympischen Spiele in München! Mit Ministerpräsident Söder an unserer Seite zeigen wir: Bayern steht zu Olympia. Wenn München will, dann kann München es auch, jetzt wird gearbeitet! »»

#OlympiaMünchen #OB2026 #ClemensBaumgärtner #München



**Alexander Hoffmann, MdB,
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe**

Listenaufstellung der #csu zur #kommunalwahl2026 in Zellingen! Ein tolles Team mit jungen Köpfen und frischen Ideen!!! Sehr cool, tolle Truppe!!!! #heimat (...) »»



CSU im Landtag



(...) Ein wichtiger Austausch über die Zukunft unserer kommunalen Ebene in Bayern. Gemeinsam mit unserem Fraktionsvorsitzenden Klaus Holetschek, Innenminister Joachim Herrmann und Holger Dremel haben wir deutlich gemacht: Die kommunale Ebene ist das Herzstück unserer Politik! »»



**Landtagspräsidentin
Ilse Aigner, MdL**

80 Jahre #CSU – ein Jubiläum, das weit über ein historisches Datum hinausgeht. Über 400 Persönlichkeiten aus #Politik, #Wirtschaft und #Gesellschaft kamen zusammen, um die Erfolgsgeschichte einer Partei zu würdigen, die #Bayern geprägt und Deutschland mitgestaltet hat. Ministerpräsident Dr. @markus.soeder, MdL, betonte in seiner Festrede: „Das Abenteuer CSU geht weiter. Das Beste kommt noch.“ Ein Tag, der deutlich machte: Geschichte verpflichtet und inspiriert. »»



**Bayerischer Ministerpräsident
und CSU-Vorsitzender
Dr. Markus Söder, MdL**



Bayern bekommt einen Drohnen-Abweherschirm. Wir reagieren konsequent auf die zunehmende Gefahrenlage durch #Drohnen in ganz Europa. Im Ernstfall gilt: Abschießen statt Abwarten! Wir müssen unsere Infrastruktur und unser Territorium schützen: (...) »»



DAS EISERNE PFERD GESCHICHTE ZWISCHEN WAHN UND BAHN

Autor: Andreas von Delhaes-Guenther
Referatsleiter Publikationen der Hanns-Seidel-Stiftung

56

Die erste dampfbetriebene Eisenbahn in Deutschland fuhr am 7. Dezember 1835 auf der sechs Kilometer langen Strecke zwischen Nürnberg und Fürth, gezogen von der in England gebauten Dampflokomotive „Adler“. Der Beginn einer neuen Ära der Massenmobilität.

Trotz zeitgleicher Eisenbahn-Plänen in anderen deutschen Ländern, Herzog- und Fürstentümern, darunter Sachsen, Berlin und das Rheinland, war es auch damals schon Bayern, das den Anderen bei Innovationen zuvorkam. Die ausgewählte Strecke zwischen Nürnberg und Fürth war die am meisten frequentierte Straßenverbindung im damaligen Königreich Bayern.

Am 21. November 1835 hatte die Generalprobe stattgefunden – alles verlief zuverlässig und sicher. Es war daher ein historischer Tag, als der „Adler“ auf seiner Jungfernfahrt mit 200 Passagieren am 7. Dezember 1835 dunklen Rauch gen Himmel schnaubte. Ein Heizer schaufelte Kohlen aus dem Tender in den Kessel der Lok, weil die Probefahrten gezeigt hatten, dass Holz als Heizmaterial durch Funkenflug die Kleider mehrerer Fahrgäste angeengt hatte. Eine riesige Menschenmenge hatte sich in

Nürnberg versammelt, samt Ehrengästen und Honoratioren auf der Tribüne, dazu Girlanden, Fahnen, Soldaten, Journalisten, Musik und Kanonensalut.

Der eindrucksvolle Mister Wilson

Die im englischen Newcastle von der Firma Robert Stephenson and Company gebaute und an die „Königlich privilegierte Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft“ (LEG) gelieferte Dampflok mit roten Rädern und grünem Rumpf fuhr auf der in weniger als zwei Jahren erbauten

**«MEHR ALS ZWEI MONATE
DAUERTE DER IN 100
EINZELTEILE ZERLEGTE
TRANSPORT DES UNGE-
TÜMS NACH NÜRNBERG.»**



Die erste Eisenbahn, der „Adler“, fuhr von Nürnberg nach Fürth, hier auf einer historischen Lithographie von etwa 1880. Fuhrleute und Kutscher streuten Gerüchte gegen die neue Konkurrenz.

57

eingleisigen Strecke von Nürnberg nach Fürth – bei Demonstrationsfahrten schaffte sie sogar bis zu 65 Kilometer pro Stunde. Der Vater von Robert Stephenson, George Stephenson, war nicht nur der Hauptbegründer der Eisenbahn, sondern mit seinem Sohn auch Erbauer der ersten Bahnlinie überhaupt zwischen Stockton und Shildon in England 1825.

Mehr als zwei Monate dauerte der in 100 Einzelteile zerlegte Transport des Ungetüms mit Segelschiff, Schlepper, Treidelschiff und Fuhrwerken nach Nürnberg in die Werkstätte von Wilhelm Späth am Nürnberger Dutzendteich zum Zusammenbau.

Der Nürnberger Lokführer in Frack, Zylinder und weißen Handschuhen war der „mitgelieferte“ englische Mechaniker und Ingenieur William Wilson, der nicht nur den Zusammenbau geleitet hatte, sondern auch die deutschen Lokführer ausbilden sollte. Wilsons Bedingung für den Auslandseinsatz waren neben einem extrem hohen Gehalt „maximal zwölf Stunden“ tägliche Arbeitszeit. Seine eindrucksvolle Erscheinung war mit ein Grund für die Beliebtheit der Bahn – ohne ihn sanken die Tagesein-

**«DIE EISENBAHN WAR
NICHT WENIGEN ZEIT-
GENOSSEN UNHEIMLICH.»**

nahmen. Die sechs bis neun angehängten Wagen, erste bis dritte Klasse, wurden nach Art der Postkutschen mit offenen und geschlossenen Coupes in Gelb erstellt.

Kosten, Gerüchte und Begeisterung

Finanziert wurde die Bahnlinie mit 1.435 Millimeter Spurweite durch eine Aktiengesellschaft, der bayerische Staat steuerte nur einen symbolischen Betrag von zwei Aktien bei. 170.000 Gulden betrug die Gesamtkosten.

Die Eisenbahn war nicht wenigen Zeitgenossen unheimlich, auch wenn sie im Gegensatz zur Kutsche ungewohnt schnell und erschütterungsfrei fuhr. Gerüchte waberten,



© DB-Museum/Uwe Niklas



Die erste funktionsfähige in Deutschland eingesetzte Dampflokomotive „Adler“ im DB-Museum in Nürnberg - neben dem etwas schnelleren und moderneren Kollegen ICE.

«DAMEN FÜRCHTETEN IM DUNKLEN TUNNEL DIE LIEBKOSUNGEN AUSSCHWEIFENDER JÜNGLINGS.»

58

teilweise auch gezielt von der Konkurrenz der Fuhrleute verbreitet. Vom Schwabacher Pfarrer wurde aus der Predigt überliefert, dass die Bahn „aus der Hölle“ komme und jeder Fahrgast eben dort landen werde. Es gab Geschichten über durch den Rauch unfruchtbar gemachte Felder, Brandgefahr, tobsüchtige Pferde sowie Hühner, die vor Schreck keine Eier mehr legten. Auch Ärzte fürchteten, dass Passagiere des „rauchenden Ungeheuers“ Lungenentzündungen oder Erstickenanfalle durch den Fahrtwind erleiden oder gar dem Wahnsinn verfallen könnten. Denn die Maximalgeschwindigkeit der Bahn von 65 Kilometern pro Stunde war für damalige Verhältnisse sehr schnell, auch wenn sie im Normalbetrieb mit 28 Kilometern pro Stunde fuhr. Tatsächlich gesundheitsgefährdend war aber die Tätigkeit des Lokführers, der bis 1845 ohne Wintermantel und bis 1853 ohne Wetterschutz im Führerhaus stand. Wilson wurde krank und musste im Alter von 50 Jahren 1859 seinen Dienst beenden, er starb 1862.

Doch all das tat der Begeisterung der Passagiere keinen Abbruch. Bereits im ersten Jahr nutzten fast eine halbe Million Menschen den Zug und bescherten den Aktionären hohe Dividenden – der entscheidende Impulsgeber für den Bau weiterer Strecken. Namensgeber König

Ludwig I. sah sich das Projekt allerdings erst im August 1836 an, da sein Interesse mehr dem Bau des Main-Donau-Kanals galt und er zudem zur Jungfernfahrt in Griechenland weilte. Auch von Pferden gezogene Bahnen nutzten bis 1862 die Gleise für Fahrten. 1836 wurde die zweite Lokomotive „Pfeil“ nach Nürnberg geliefert.

Die Folgen

Auf dem gesamten Kontinent setzte sich das Bauen und Planen neuer Bahnstrecken fort, auch wenn die Bürokratie der vielen beteiligten Länder immer wieder ein großes Hindernis war – ebenso wie die Thurn- und- Taxis-Postverwaltung mit ihrem Verkehrsmonopol, der Grunderwerb und die Passkontrollen. Es folgten 1837 Teilstrecken bei Leipzig und Wien, dann Berlin, Braunschweig, Düsseldorf, Magdeburg, Köln, Antwerpen, Frankfurt, Karlsruhe und Stuttgart. In Bayern war es die Strecke München – Augsburg. Bei Dresden entstand der erste Eisenbahntunnel. Mit neuen Ängsten: Damen fürchteten im Dunkeln „die Liebkosungen ausschweifender Jünglinge“, Ärzte den „plötzlichen Luftwechsel“. Bis 1850 lagen im Deutschen Reich bereits 5.700 Kilometer Schienen, zehn Jahre später waren es 12.000 Kilometer, 1914 ganze 64.000 Kilometer. Danach war das Netz gut ausgebaut und das Land durch Gebietsverluste im Zuge der beiden Weltkriege nach 1918 und 1945 deutlich kleiner. Auch schwand ab den 1950er Jahren die Bedeutung der Bahn – heute sind es in Deutschland nur noch rund 33.400 Kilometer. Das bayerische Schienennetz erreichte bis 1912 immerhin eine Gesamtlänge von über 8.200 Kilometer, heute sind es 6.500 Kilometer.

33.400 Kilometer
lang ist heute das Streckennetz der
Deutschen Bahn, davon befinden sich
6.500 Kilometer in Bayern (Stand 2021).



Publikumsliebling beim Fest „175 Jahre Eisenbahn“ am Bahnhof Lichtenberg in Berlin 2010 war der Nachbau des ersten Zuges „Adler“. Dahinter die wie Postkutschen entworfenen gelben Passagierwagen.

Die Fahrt des „Adlers“ markierte 1835 nicht nur den Beginn des Eisenbahnzeitalters in Bayern und im Deutschen Reich, sondern revolutionierte den Personen- und Gütertransport, da sie eine viel höhere Geschwindigkeit und Kapazität als die bisher verwendeten Pferdekutschen ermöglichte. Auch den Transport von Soldaten und Kanonen, wie sich in beiden Weltkriegen zeigte. Ihre dunkelste Stunde hatte die Bahn zweifellos mit den Vernichtungstransporten in die deutschen Konzentrationslager ab 1933.

Die Eisenbahn war der Katalysator der Industrialisierung Deutschlands und Europas. Güterverkehr und Tourismus explodierten geradezu, bis dahin abgelegene Dörfer entwickelten sich rasant. Wo es hinkam, veränderte das „eiserne Pferd“ Gesellschaft, Land und Wirtschaft und brachte Fortschritt, Handel und Arbeit. Die Bahn beflügelte Schriftsteller wie Agatha Christie zu Romanen wie „Mord im Orient-Express“ oder „16.50 Uhr ab Paddington“, spielte Hauptrollen in Hitchcocks „Der Fremde im Zug“, in „Ladykillers“ oder in bildgewaltigen Western wie „High Noon“ und „Spiel mir das Lied vom Tod“.

Das Ende des „Adlers“

Lokführer William Wilson kehrte nicht in seine Heimat zurück, da er sich in eine Nürnbergerin verliebte und bis zu seinem Lebensende bei der Ludwigseisenbahn blieb. Eine Stichstraße in der Nähe des Nürnberger Rangierbahnhofs wurde nach ihm benannt. Der „Adler“ war noch bis 1857 auf der Strecke im Einsatz, danach lieferte er kurz als Dampfmaschine Energie. Nach dem Verkauf als Schrott nach Augsburg verlor sich seine Spur.

1922 wurde die Ludwigsbahn eingestellt, zu groß war seit 1881 die Konkurrenz der mittlerweile parallel fahrenden Straßenbahn, zu folgenswer die Hyperinflation. 1925 wurden die Gleise abgebaut, auf die letzte fahrende Lok schrieb jemand mit Kreide: „Der Ersten Eisenbahn letzte Fahrt“.

Zum 100. Geburtstag 1935 rekonstruierte die Reichsbahn einen funktionsfähigen „Adler“. 2005 wurde dieser Nachbau bei einem Brand schwer beschädigt, bis 2007 erneut rekonstruiert. Heute steht er wie auch ein nicht betriebsfähiger Nachbau von 1952 sowie einem Original-Passagierwagen im DB-Museum Nürnberg.

Bis 1977 fuhren noch Dampfloks in der Bundesrepublik, in der DDR sogar bis 1988. Heute sind nur noch Museums- und Ausflugsbahnen mit dieser Antriebsform unterwegs. Die U-Bahn U1 zwischen Nürnberg und Fürth verläuft in etwa von der Station „Plärrer“ bis zur Station „Fürth Hauptbahnhof“ entlang der alten Ludwigs-Trasse, ebenso ein kleiner Teil des Streckennetzes der Bahn. Dort rasen windschnittige Züge heute mit weit mehr als 28 Kilometern pro Stunde entlang und Passagiere werden tatsächlich wahnsinnig – wegen der Unpünktlichkeit der Bahn. ■

Quellen:
DB-Museum Nürnberg

59

DAS BESTE KOMMT NOCH CSU FEIERT 80. GEBURTSTAG

Autor: Andreas von Delhaes-Guenther
Leiter des Referats Publikationen der Hanns-Seidel-Stiftung

Ein großer Festakt zum Jubiläum: Mehr als 400 Gäste feierten in der Hanns-Seidel-Stiftung 80 Jahre CSU. Der 12. September 1945, der offiziell als Geburtsstunde der Partei gilt, steht auch für den Beginn einer politischen Ära – die noch lange nicht zu Ende ist.

Unter den Gästen waren Bundesinnenminister Alexander Dobrindt, Landtagspräsidentin Ilse Aigner, CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek, CSU-Landesgruppenchef Alexander Hoffmann, die Vorsitzende der CSU-Europagruppe Prof. Dr. Angelika Niebler sowie der EVP-Vorsitzende Manfred Weber. Auch CSU-Generalsekretär Martin Huber und seine Stellvertreterin Tanja Schorer-Dremel, die Staatsminister Ulrike Scharf, Markus Blume, Georg Eisenreich, Christian Bernreiter und Staatskanzleichef Dr. Florian Herrmann sowie zahlreiche aktive und ehemalige Abgeordnete feierten das Partei-jubiläum.

Auftrag für die Zukunft

„Die CSU gehört noch lange nicht zum alten Eisen“, eröffnete der HSS-Vorsitzende Markus Ferber, MdEP, die Feier. Seit ihrer Gründung verstehe sich die CSU als bayerische Partei mit bundespolitischem Anspruch und europäischer Verantwortung. Hanns Seidels Satz von 1955 gelte auch heute: „Die Christlich-Soziale Union hat

in Bayern, und seit es eine Bundesrepublik Deutschland gibt, über die Landesgrenzen hinaus eine Tätigkeit entfaltet, über die wir uns nicht zu schämen brauchen.“

Der CSU-Vorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder betonte, die CSU habe Bayern mitaufgebaut und zum erfolgreichsten Land in Deutschland gemacht. Klar sei: „CSU und Bayern sind untrennbar miteinander verbunden.“ Es gebe keine vergleichbare Partei in Europa mit einer „ähnlichen Erfolgsformel“. „Die CSU ist einzigartig“, befand ihr Vorsitzender. Aber: „Das Abenteuer CSU geht weiter. Das Beste kommt noch.“

Atemberaubende Paraderolle: Stoiber

Der CSU-Ehrenvorsitzende Dr. Theo Waigel gab in einer Fragerunde Einblick in die CSU-Geschichte. Per Video gratulierten der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Friedrich Merz, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Österreichs Bundeskanzler Christian Stocker sowie SPD-Chef Lars Klingbeil.

Kabarettist Wolfgang Krebs glänzte in seiner Paraderolle als Dr. Edmund Stoiber – zur „spektakulären Erfolgsgeschichte“ der CSU. Die Ausstellung des Archivs für Christlich-Soziale Politik rundete die Feier ab. ■



Der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag Klaus Holetschek, MdL, mit dem HSS-Vorsitzenden Markus Ferber, MdEP, dem Bundesfinanzminister a. D. Theo Waigel, dem CSU-Vorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, MdL, und dem CSU-Generalsekretär Martin Huber, MdL (von links nach rechts).

Den Webartikel zu „80 Jahre CSU“
lesen Sie hier:



Und hier geht's zum
Instagram-Beitrag:



Ein Selfie zur Erinnerung:
Klaus Holetschek, Theo Waigel,
Ilse Aigner und Markus Ferber
(von links nach rechts).

Feiern mit: Manfred Weber, MdEP,
Partei- und Fraktionsvorsitzender der
EVP, Katrin Albsteiger, HSS-Mitglied
und Oberbürgermeisterin von Neu-Ulm.

Hoher Besuch: Die stellvertretende
CSU-Generalsekretärin Tanja Schorer-
Dremel, MdL, und Bundesinnenminister
Alexander Dobrindt, MdB.

IMPRESSUM

Herausgeber:

© 2025, **Hanns-Seidel-Stiftung e.V.**, München
Lazarettstraße 33, 80636 München
Tel. +49 (0) 89 1258-0
Publikationen@hss.de
www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP

Generalsekretär: Dr. Josef Widmann

Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Susanne Hornberger (V.i.S.d.P.)

Redaktion:

Andreas v. Delhaes-Guenther (Redaktionsleiter Publikationen)

Susanne Berke (Redakteurin)

Anne Wildermann (Redakteurin)

Art Director: Julia Ehrenreich

Satz: Marion Steib

Bildbearbeitung: Samuel Gumberger

Druck: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

62

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind.

Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Sämtliche im Magazin verwendeten Personenansprachen beziehen sich uneingeschränkt auf alle Geschlechter und beinhalten keine Wertung.

Hinweis zum Datenschutz: Sollten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen von Publikationsbestellungen verarbeitet werden, stehen Ihnen grundsätzlich die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch Ihrer bei uns abgespeicherten personenbezogenen Daten zu. Dafür wenden Sie sich bitte an Datenschutz-Compliance (datenschutz@hss.de) oder an den Datenschutzbeauftragten (dsb@hss.de). Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter <http://www.hss.de/datenschutz/>.

Die Zeitschrift politicus erscheint als Nummernheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich. Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Titelmotiv: Julia Ehrenreich, Samuel Gumberger, mit KI generiert

ISSN (Print) 2940-2298 ISSN (Online) 2940-6013 ZKN 35998

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, matt
100% Altpapier FSC Recycled Credit, GFA-COC-001203

POLITICUS 3/2025

Wollen Sie mehr...

... über Politik und Gesellschaft wissen?
Dann bestellen Sie unsere Einzelhefte oder gleich ein kostenfreies
Abonnement unserer Zeitschrift „politicus“ über politicus@hss.de

Jetzt gratis bestellen



#politicus

Wir bieten Hintergrundwissen in Form von Analysen, Interviews und Reportagen zu Themen rund um Politik und Gesellschaft. Besuchen Sie uns auf unserer Website und unseren Social Media-Kanälen. Dort sind wir jederzeit erreichbar. Unter hss.de/publikationen/ können Sie die vorliegende Ausgabe des politicus kostenfrei bestellen.



Hanns-Seidel-Stiftung
Lazarettstr. 33, 80636 München
www.hss.de | publikationen@hss.de
T +49 (0) 89 1258-0

ISSN (Print) 2940-2298
ISSN (Online) 2940-6013 ZKN 35998

linkedin: Hanns-Seidel-Stiftung
[instagram.com/stiftungfuerdemokratie/](https://www.instagram.com/stiftungfuerdemokratie/)
tiktok: Hanns.Seidel.Stiftung
[youtube.com/HannsSeidelStiftung](https://www.youtube.com/HannsSeidelStiftung)
[facebook.com/HannsSeidelStiftung](https://www.facebook.com/HannsSeidelStiftung)
[x.com/HSSde](https://www.x.com/HSSde)

whatsapp:
Hanns-Seidel-Stiftung e.V

